Hitler und seine Wegbereiter Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 6, 9. Februar 1979 12. Jahrgang 50 Pfennig

Nazi-Waffenlager ausgehoben

Antifaschisten fordern: Verbot der Nazi-Organisationen

Wohnungsdurchsuchungen und Festnahmen vermittelten in der letzten Woche einen Einblick in das Ausmaß terroristischer Aktivitäten von Neonazis in der Bundesrepublik. Die polizeiliche Aktion richtete sich gegen eine sogenannte „Wehrsportgruppe" im Raum Holzminden-Höxter-Karlshafen. Neben nazifaschistischem Propagandamaterial wurden eine nichtgenannte Zahl von Gewehren und Pistolen, fünf Maschinenpistolen, mehrere Kilogramm hochbrisanter Sprengstoff (TNT) und große Mengen von Munition gefunden.

Die Höxter-Gruppe besteht seit mindestens 1972. In der Nähe der Dörfer Albaxen und Stahle hatte sie einen Unterstand und Schützengräben angelegt; die Mitglieder führten in den Tarnuniformen der Waffen-SS Schießübungen durch. Nachweislich hat die Gruppe Einbrüche verübt. Sie hat Verbindung zu der berüchtigten illegalen NSDAP-Auslandsorganisation in den USA. Daß die westdeutsche Polizei erst jetzt eingriff, ist bezeichnend für das gesamte Verhalten des westdeutschen Staates gegenüber alten und neuen Nazis.

Bezeichnend ist auch, daß sich — nach unseren Informationen — die festgenommenen Nazi-Terroristen bis auf einen wieder auf freiem Fuß befinden. Welche Verbrechen müssen diese Terroristen noch begehen, bevor dieser angeblich freiheitlich-demokratische Rechtsstaat weitergehende Maßnahmen ergreift?!

Wenn in irgendeiner linksverdächtigen Wohnung ein Wekker mit der Aufschrift „Wem die Stunde schlägt" gefunden wird, dann überschlagen sich die Massenmedien, dann schreien die Herren Politiker Terrormordio! Wenn aber braune Terroristen in



Ein Teil der Waffen und Ausrüstung, der Munition und Sprengstoffe, die in Albaxen und Stahle gefunden wurden.

großem Stil Waffenlager anlegen, Anschläge vorbereiten, Anschläge ausführen, dann heißt es: „Kein Anlaß zur Beunruhigung"!

Die Antifaschisten in Westdeutschland sind aber durchaus beunruhigt. Sie nehmen das Treiben der Nazis nicht hin.

Verbot aller faschistischen Organisationen!
Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Arbeitslosenzahl im Januar um 164.629 gestiegen!

Größte Zunahme seit 1975 — Jetzt nahezu 1,2 Millionen Arbeitslose registriert

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im Januar um 164.629 bzw. um 16,4 Prozent angestiegen. Das ist die stärkste Zunahme seit 1975.

1.171.400 betrug die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen Ende Januar. Das ist eine Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent. Ende November lag die Anzahl der registrierten Arbeitslosen noch bei knapp 930.000. Der Abstieg seit diesem Zeitpunkt: 224.307 mehr registrierte Arbeitslose!

Natürlich machen die Herren in Bonn, die bürgerlichen Massenmedien und der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, den strengen Winter für das erschreckende Hochschnellen der Arbeitslosenzahl verantwortlich. Die wirklichen Ursachen liegen jedoch woanders: Erstens darin, daß die Kapitalisten die Arbeitsplatzvernichtung rücksichtslos verschärfen. Zweitens ändert der vielzitierte „Konjunkturfrühling" nicht das geringste an der tiefen wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus.

Die leichte konjunkturelle Belebung nutzen die Monopole aus, um sich durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter, durch erhöhte Rationalisierungsinvestitionen noch fettere Profite zu sichern. Sie erzeugen damit ein anhaltendes Wachsen der Arbeitslosigkeit. Die daraus entstehenden Lasten wälzen sie mit Hilfe der Regierung brutal auf die Werktätigen ab.

Ein empörendes Beispiel dafür: Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 306.000 Sperrzeiten gegen Arbeitslose verhängt (d. h., daß diesen Kollegen für einen Monat das Arbeitslosengeld entzogen wurde). Das sind 15.000 Sperrzeiten mehr als im Jahr davor.

Resolution gegen Metall-Tarifabschluß

Auch bei Opel: Vertrauensleute kontra IGM-Führung

Unterschriftensammlung für Ablösung von Kurt Herb

Am 31. Januar fanden bei den Bochumer Opelwerken Informationsversammlungen der Vertrauensleute statt, auf denen über den Tarifabschluß in der Metallindustrie diskutiert wurde. Auf den Sitzungen wurde — in einem Fall einstimmig, im anderen mit nur drei Gegenstimmen — eine Resolution zur Ausarbeitung verabschiedet. Darin sollen gegen den Tarifabschluß (4,3 Prozent mehr Lohn für 13 Monate, Festschreibung der 40-Stunden-Woche für fünf Jahre, stufenweise Anhebung des Urlaubs auf sechs Wochen) Stellung genommen und personelle Konsequenzen vom IGM-Vorstand gefordert werden.

Die Empörung über den Tarifabschluß zeigte sich auch darin, daß in der Diskussion mehrfach die Absetzung des Essener IGM-Bezirksleiters Kurt Herb gefordert wurde. Bereits eine Woche vorher hatten, wie wir im letzten „Roten Morgen" berichteten, die Vertrauensleute-Vollversammlungen von Hoesch-Westfalenhütte und Hoesch-Phönix in Dortmund die Ablösung Herbs gefordert, und zwar wegen seiner Rolle im Stahlarbeiterstreik. Auch unter den Opel-Kollegen wird diese Forderung breit unterstützt. Ein Opel-Vertrauensmann berichtete auf der Informationsversammlung, daß er in seiner Abteilung Unterschriften für eine Resolution gesammelt habe, die an den IGM-Vorstand gerichtet sei und in der die Forderung der Stahlarbeiter nach Ablösung Herbs unterstützt werde. Ca. 30 Kollegen — fast die ganze Kolonne — haben die Resolution unterschrieben.

In der vorletzten Woche hatten sich auch die Vertrauensleute von Opel/Rüsselsheim gegen den Tarifabschluß ausgesprochen, insbesondere gegen die Festschreibung der 40-Stunden-Woche. Auch aus anderen Großbetrieben der Metallindustrie in verschiedenen Teilen des Bundesgebietes werden Proteste der Vertrauensleute gegen den Tarifabschluß gemeldet.

Ungereimtheiten beim Stahl-Urabstimmungsergebnis

In dem Frankfurter „Informationsdienst zur Veröffentlichung unterbliebener Nachrichten" wird der Verdacht geäußert, daß das Urabstimmungsergebnis über die Annahme des Tarifabschlusses in der Stahlindustrie gefälscht ist.

Der „Informationsdienst" legte nun Berechnungen vor, in denen die betrieblichen Einzelergebnisse, soweit sie überhaupt bekannt sind, mit dem von der IGM-Führung angegebenen Gesamtergebnis verglichen werden. Dabei stellten sich verschiedene Ungereimtheiten heraus. U. a. müßten demnach in einer Reihe kleinerer Betriebe, die nicht in den Streik mit einbezogen waren, die Wahlbeteiligung bei der erstaunlichen Höhe von 98,2 Prozent liegen. Nach den offiziellen Angaben der IGM lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung jedoch nur bei 90,88 Prozent.

Der „Informationsdienst" machte den Versuch, diese Merkwürdigkeiten mit dem IGM-Vorstand zu klären. Der zuständige Funktionär Breitinger erklärte jedoch, die IGM lehne es ab, der Presse Einzelergebnisse mitzuteilen.

Knüppeleinsatz der Polizei

Anläßlich des 46. Jahrestages der Machtergreifung des Hitler-Faschismus am 30. Januar führten die „Front gegen Reaktion und Faschismus" und andere antifaschistische Gruppen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin Veranstaltungen durch. In Westberlin hatte die „Antifaschistische Front" für den 30. Januar zu einer Demonstration aufgerufen. An dieser Demonstration beteiligten sich rund 2.000 Menschen. Der Berliner Senat ließ gegen diese antifaschistische Demonstration ein beispielloses Polizeiaufgebot aufmarschieren. Es sollen 5.000 Polizisten im Einsatz gewesen sein. Die Polizisten waren mit Holzknüppeln bewaffnet. Offensichtlich sollten die Antifaschisten eingeschüchtert werden. Am Ende der Demonstration, als ein Teil der Antifaschisten sich in einen U-Bahnhof zurückzog, riegelten sie den U-Bahnhof ab und prügelten wie wild auf die Antifaschisten ein.

Deng droht Vietnam mit Krieg

Während seines USA-Besuches hat Deng Xiaoping Vietnam offen mit einer militärischen Aggression gedroht. Gleichzeitig bestätigte er Meldungen, nach denen die Volksrepublik China zehn bis zwölf Divisionen und 150 Kampfflugzeuge an der vietnamesischen Grenze stationiert hat.

Am 30. Januar erklärte Deng in Washington: „Wir können Vietnam nicht überall den wilden Mann spielen lassen. Im Interesse von Weltfrieden und Stabilität und im Interesse unseres eigenen Landes könnten wir uns gezwungen sehen, gegen unseren Willen handeln zu müssen." Am 1. Febraur wiederholte Deng die Kriegsdrohung. China lasse deshalb Truppen aufmarschieren, sagte er, weil es möglicherweise „notwendig ist, den Vietnamesen einige fällige Lehren zu erteilen".

Die großmachtchauvinistischen Äußerungen Dengs sind ein direktes Produkt der chinesisch-amerikanischen Allianz, deren Festigung Dengs Reise gilt. Deng schämte sich nicht, die Kriegsdrohung auf US-amerikanischem Boden auszustoßen. Die USA hatten bis 1975 in einem mörderischen Kolonialkrieg Vietnam verwüstet. Dengs Äußerungen zeigen: China hat sich in die Tradition der Kriegspolitik der USA in Südostasien gestellt (siehe auch Artikel auf Seite 11).

„Reforger '79"

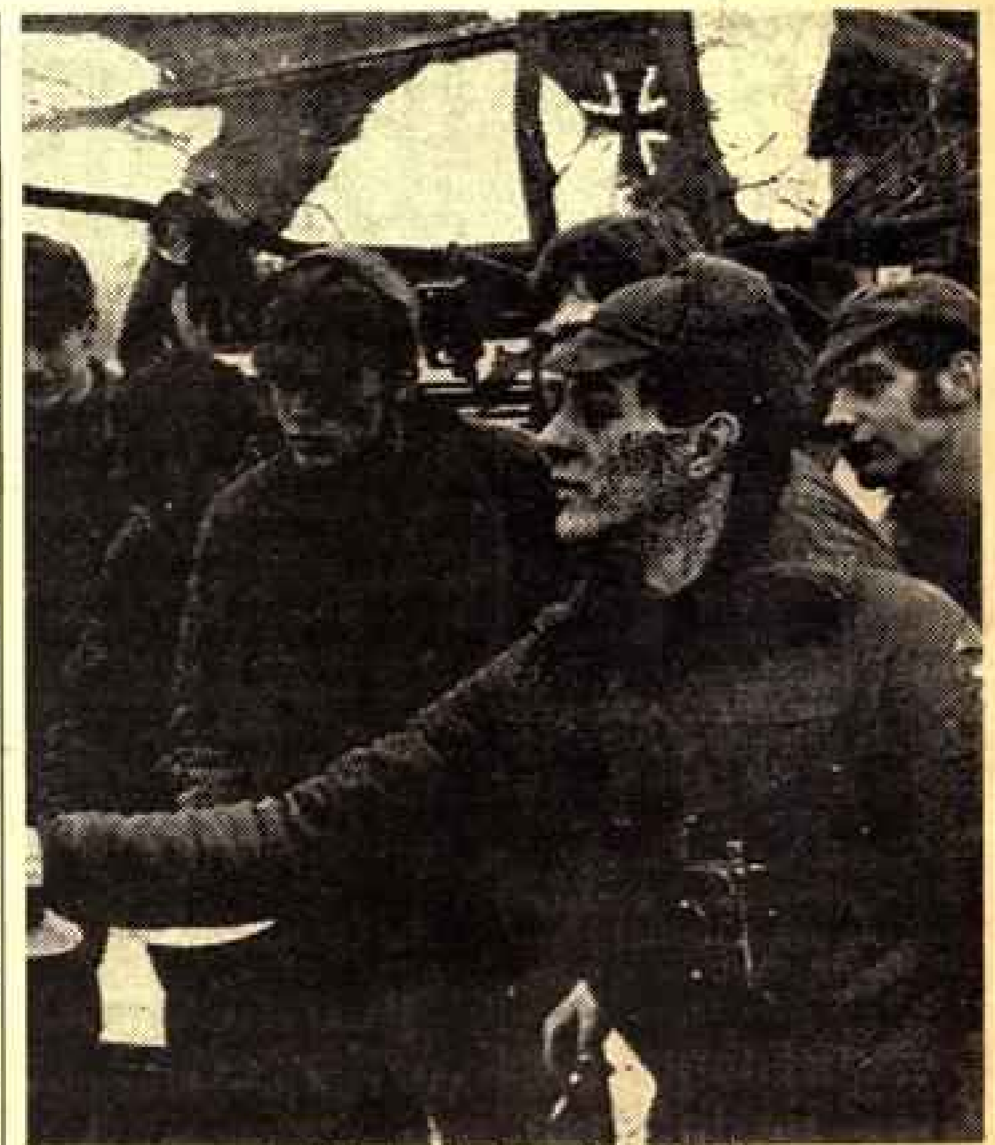
5 Tote in der ersten Woche

In der vergangenen Woche begann in Süddeutschland das Wintermanöver „Reforger 79". Rund 61.000 Soldaten sind dabei im Einsatz, davon 53.000 der US-Armee und 8.000 Alliierte mit etwa 5.00 Mann der Bundeswehr. Zu den Verbänden gehören auch 13.000 amerikanische Soldaten, die aus den USA entsandt, in der Bundesrepublik landeten. Sie werden nach Manöverende wieder in die USA zurückkehren.

An den Kriegsübungen nehmen 8.000 Militärkraftwagen, 4.300 Panzer und andere Kettenfahrzeuge teil. Ferner 500 Hubschrauber und ca. 100 Kampfflugzeuge. Das Manöver wird wieder enorme Schäden an landwirtschaftlichen Nutzflächen, Straßen, Wegen usw. anrichten, und es wird wieder einer Anzahl Menschen, Soldaten und wahrscheinlich auch Zivilisten aus der Bevölkerung, das Leben rauben. Schon in der ersten Manöverwoche meldete die bürgerliche Presse fünf Tote und mehrere Schwerverletzte.

Bereits beim Aufmarsch der Manövertruppen starben zwei amerikanische Soldaten. Einer wurde getötet, als ein Panzer mit einer Hochspannungsleitung in Berührung kam, ein zweiter starb, als ein Panzer eine Böschung hinunterkippte. Im Verlauf der Übungen starben ferner drei junge Bundeswehrsoldaten durch Zusammenstöße von Militärfahrzeugen bzw. durch explodierende Manövermunition. Einer der getöteten Bundeswehrsoldaten war erst 19, ein anderer 21 Jahre alt.

Bundeskanzler Schmidt, Kriegsminister Apel sowie der CSU-Chef Strauss statteten inzwischen Manöverbesuche ab.



Soldaten im Manöver „Reforger '79"

Kommentar

Euro-Wahlkampf

Am Wochenende hat die letzte der Bonner Parteien, die FDP, ihre Euro-Kandidaten aufgestellt. Der Propagandarummel für die ersten Direktwahlen zum europäischen Parlament läuft unterdessen schon auf Hochtouren. 150 Millionen Mark lassen es sich die Bonner Parteien übrigens kosten, die Bevölkerung unseres Landes in die richtige Euro-Stimmung zu versetzen. Genauer gesagt: **Wir tragen die Kosten.** Denn der aufwendige Wahlkampf wird ausschließlich aus unseren Steuergeldern finanziert.

Und was werden wir dafür bekommen? Glaubt man dem DGB-Chef und Eurokandidaten der SPD, Vetter, dann sehen wir mit den Wahlen im Juni einem „historischen Ereignis ersten Ranges" entgegen. Einem Ereignis, das wir zudem noch als „erheblichen Erfolg der europäischen Arbeiterbewegung verbuchen" können. Denn — so Vetter — eine Direktwahl des europäischen Parlaments fördere die Integration der EG, was uns wiederum einem „Europa der Arbeitnehmer" einen großen Schritt näher brächte.

Eine wahrhaft erstaunliche Argumentation. Sicher — die Eurowahl im Juni wird die Integration, den Zusammenschluß der EG-Länder weiter vorantreiben. Aber liegt dieser Zusammenschluß im Interesse der Arbeiterbewegung, ist er gar ein Ergebnis ihres Kampfes? Hier hat Herr Vetter wieder einmal die Arbeiterbewegung mit dem Kapital verwechselt, diesmal auf europäischer Ebene. Betrachten wir doch nur einmal die Folgen der gepriesenen Integration für die Stahlindustrie.

Bekanntlich steckt dieser Zweig seit Jahren in einer besonders tiefen Krise. Die EG-Behörden haben sich den Folgen dieser Krise auf ihre Art angenommen. Da hat der zuständige Kommissar, der Graf Davignon, einen Plan entwickelt, nach dem innerhalb der EG die Stahlkonzerne nach vereinbarten Richtlinien ihre Produktion einschränken, Mindestpreise festlegen usw. Auch über die Zukunft der Stahlarbeiter haben die EG-Kommissare nachgedacht: 140.000 sollen in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie stehen einer „Gesundung" der Stahlindustrie im Wege. Europa der Arbeitnehmer?

Wessen Interessen setzt denn der Davignon-Plan um? Es sind die Profitinteressen der Stahlbarone vom Schlage der Thyssen, Empain und de Wendel, die Interessen des mächtigen westeuropäischen Stahlkartells EUROFER, in dem die westdeutschen Konzerne den Ton angeben. So wälzen die EG-Behörden die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse ab, um die Profite der Monopole zu retten. Die Europäische Gemeinschaft ist kein Zusammenschluß der Völker und wird es auch niemals sein. Sie ist das Europa der Monopole.

In der 1977 von fünf marxistisch-leninistischen Parteien verabschiedeten Erklärung heißt es: „Die EG wird von den westeuropäischen Monopolbourgeoisien als ein Mittel zur Hebung des gemeinsamen Wohlstands der westeuropäischen Völker und zur Stärkung der Unabhängigkeit Westeuropas gegenüber den Supermächten hingestellt. In Wirklichkeit ist die EG aber ein Instrument der Monopole, um die Völker Westeuropas, aber auch die Völker anderer Länder wie die Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auszubeuten und zu unterdrücken. Obwohl der USA-Imperialismus nicht formal Mitglied ist, übt er innerhalb der EG doch die dominierende Rolle aus."

Die Integration Europas, die Stärkung der EG, kann niemals ein Ziel der Arbeiterbewegung sein. Und die Europa-Wahl? Sie wird am Wesen der EG nichts ändern. Sie soll diesem Zusammenschluß der Monopole nur ein demokratisches Mäntelchen umhängen. Aber ob es ein indirekt oder ein direkt gewähltes Euro-Parlament gibt — die Entscheidungen, die unser aller Existenz betreffen, werden weiter in den Chefetagen der Monopole und nicht in diesem Parlament fallen. Und diese Entscheidungen werden auch weiter von der gleichen Art sein, wie der Davignon-Plan.

Das Europa der Werktätigen entsteht nicht aus diesem Parlament. Und es wird auch nicht vertreten von den reaktionären Gewerkschaftsbonzen, den sozialdemokratischen und revisionistischen Führern, die alle die Herrschaft der Monopole verteidigen. Europa der Werktätigen — das ist heute der Kampf der Arbeiter und der Bauern, der Kampf der westeuropäischen Völker gegen die einheimische Bourgeoisie und gegen die amerikanischen und europäischen Monopole.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Kabinettsitzung im Kriegsministerium

Bonn fordert Atomwaffen

Am Mittwoch, den 31. Januar 1979 tagte das Bundeskabinett nicht im neugebauten Bundeskanzleramt wie gewöhnlich. Die Ministerrunde traf sich diesmal in einem abhörsicheren Konferenzsaal auf der Bonner Hardthöhe, dem Sitz des Kriegsministeriums. Mit von der Partie waren die Fraktionschefs der Regierungsparteien samt ihren verteidigungspolitischen Experten. Auch der vor kurzem gefeuerte Generalinspekteur Harald Wust nahm an der Sitzung teil, als verteidigungspolitischer Berater der FDP-Fraktion.

Der offizielle Anlaß waren große Anfragen aller drei Parlamentsfraktionen zur Abrüstung. In Wirklichkeit aber ging es um die Einführung neuer Mittelstreckenraketen.

Bekanntlich laufen gegenwärtig die Salt-2-Gespräche zwischen den beiden Supermächten, bei denen Breschnew und Carter um eine Begrenzung des riesigen Arsenals an strategischen Kernwaffen pokern, das die beiden Supermächte angehäuft haben. Bei diesen Waffen handelt es sich um Interkontinentalraketen mit Atomsprengköpfen, die eine Reichweite von mindestens 5.500 km haben, also Atomraketen, mit denen sich die beiden Supermächte gegenseitig direkt angreifen können.

Mittelstreckenraketen, deren Reichweite weit unter 5.000 km liegen, werden überhaupt nicht in den Salt-2-Gesprächen behandelt. Und genau hier hakt die Bundesregierung ein. Sie argumentiert folgendermaßen:

Die sowjetischen Mittelstreckenraketen bedrohen zwar nicht die USA, aber Europa. Die Amerikaner dürften das nicht länger als europäisches Problem behandeln, sondern müssen es in ihre „globale Strategie" miteinbeziehen. Bonn verlangt von Washington die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden.

Lagern gegenwärtig in Westdeutschland „nur" Pershing-1-Raketen mit einer Reichweite von 750 km, so sind nun zusätzlich die Pershing-2-Raketen mit einer Reichweite von 1.800 km, also bis tief in den östlichen Raum hinein, im Gespräch.

Anläßlich des Vierer-Gipfels Anfang Januar in Guadeloupe soll Presseberichten zufolge Schmidt diese Problematik dem amerikanischen Präsidenten vorgetragen haben.

Der neue Generalinspekteur Jürgen Brandt brachte die ganze Sache kurz nach seiner Amtseinführung auf die einprägsame Formel: „Wir bedürfen der Gegenmaßnahmen im taktisch-nuklearen und im Mittelstreckenbereich."

Die Forderungen nach neuen Atomraketen zeigen das zunehmend aggressive Auftreten der westdeutschen Imperialisten. Heute reicht ihnen der amerikanische „Atomschirm" nicht mehr. Sie drängen zunehmend auch die eigene Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen.

Die mit viel Entspannungsrummel betriebene Ostpolitik hat also keineswegs die revanchistischen Gelüste der westdeutschen Monopolbourgeoisie zum Erlöschen gebracht, hat sie nicht zu einer Gruppe friedlicher, vom Entspannungswillen durchdrungener Leute gemacht. Der alte Traum, den sie vor einigen Jahrzehnten mit Hitler schon verwirklichen wollten, der Traum vom großdeutschen Reich, das ganz Europa beherrscht, ist noch längst nicht ausgeträumt.



„Pershing"-Rakete

Proteste gegen Verjährung von Nazi-Verbrechen

Am 27. Januar jährte sich zum 34. Mal der Tag, an dem die Überlebenden des faschistischen Konzentrationslagers Auschwitz befreit wurden. Am Vorabend dieses Gedenktages veröffentlichte das Internationale Auschwitz-Komitee, die Vertretung der überlebenden Häftlinge von Auschwitz, ein Memorandum, in dem von der Bonner Regierung gefordert wird, die Völkerrechtskonvention der UNO über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 1968 zu unterzeichnen.

Daß Bonn sich geweigert hat, seine Unterschrift unter diese Konvention zu setzen, die von 21 Staaten ratifiziert worden ist, ist ein Skandal. Der Staat, der die Rechtsnachfolge des Nazi-Reichs angetreten hat, hätte allen Grund gehabt, als erster die Konvention zu unterschreiben. Stattdessen wird die Existenz dieser Konvention, der übrigens auch Österreich beigetreten ist, in Deutschland permanent verschwiegen. Diese Haltung Bonns ist ein Alarmzeichen, deutet sie doch an, daß der Bonner Staat auf jeden Fall die Verjährung von Nazi-Verbrechen durchsetzen will.

Diese Vermutung wird auch bestätigt durch das Verhalten von Bonner Parlamentariern auf der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg am vergangenen Freitag. Obwohl eine große Mehrheit der Vertreter aus den europäischen Ländern sich dort gegen eine Verjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgesprochen hat und die 21 Mitgliedstaaten aufgefordert hat, die europäische Vereinbarung über die Unverjährbarkeit solcher Taten von 1974 zu unterzeichnen, traten CDU-Vertreter in dieser Versammlung offen für Verjährung ein. Auch die europäische Vereinbarung über Verjährung hat Bonn bis auf den heutigen Tag nicht unterzeichnet.

Das Memorandum des Auschwitz-Komitees ist von den Präsidenten der Häftlingsgemeinschaften der anderen Konzentrationslager sowie von mehr als 90 Organisationen der Widerstandsbewegung und der Deportation in Europa unterstützt worden.

Der Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, der Belgier Maurice Goldstein, erklärte, die internationale Öffentlichkeit könne nicht verstehen, daß die Bundesrepublik, „das Land mit der größten Zahl unbestrafter Kriegsverbrecher", die Initiative für eine Verjährung der Nazi-Verbrechen ergreife.

Unterdessen versuchen die Sprecher der Bonner Parteien, sich der Wirkung, die der „Holocaust"-Film auf die deutsche Bevölkerung ausgeübt hat, zu entziehen. So plädierte FDP-Präsidiumsmitglied Bangemann offen für Verjährung, auch wenn das „im Ausland auf Ablehnung stoßen" werde. Und Franz Josef Strauss besaß die Frechheit zu behaupten, „daß es eine ganze Reihe von Politikern gibt, die mit der ewigen Beschwörung der Vergangenheit ihr parteipolitisches Süppchen kochen..." Er forderte, daß man der „antideutschen Welle in Westeuropa" entgegentreten müsse. Aber auch von Bundeskanzler Schmidt fehlt bis auf den heutigen Tag auch nur ein Wort gegen die Verjährung.

Diese Haltung Bonns stößt auf immer größeren Widerstand, auch im Ausland. Am 30. Januar zogen über 200 jüdische Demonstranten und Überlebende der Nazi-Konzentrationslager vor die Bonner Botschaft in New York und vor die UN-Mission und protestierten gegen die mögliche Verjährung von Nazi-Verbrechen in Westdeutschland.

Nazi-Propaganda im Gerichtssaal

In Hamburg hat am Donnerstag ein Prozeß gegen zwei Neo-Nazis begonnen. Einer von ihnen ist der Chef der sogenannten Hansa-Bande, Kühnen. Den Angeklagten werden Volksverhetzung, Anstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung von NS-Propagandamaterial vorgeworfen.

In der Gerichtsverhandlung konnten die Nazis ungehindert ihre faschistische Ideologie vertreten. So forderte Kühnen zum Beispiel, allen Juden die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen und die NSDAP wieder zuzulassen. Der Neofaschist konnte seine Hetzreden vor zahlreichen alten und jungen Nazis im Zuschauerraum halten, die zum Teil offen NS-Embleme trugen.

Mommsen †

Ernst Wolf Mommsen ist nicht mehr. Er verschied in der letzten Woche im Bett. Mit ihm verlor der deutsche Imperialismus einen seiner führenden Repräsentanten, ein Symbol für die kontinuierliche Verschmelzung zwischen den Chefetagen der Rüstungskonzerne und den Spitzen des Staates.

In der Weimarer Republik Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, wechselte Mommsen unter Hitler als Hauptabteilungsleiter in das Reichsministerium für Rüstung hinüber. Nach der Nazi-Zeit ging er in den Vorstand zuerst von Klöckner, dann von Thyssen. Als Schmidt Kriegsminister wurde, war Mommsen Staatssekretär im Verteidigungsministerium. 1972 kehrte der Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband zurück in die Rüstungsindustrie — in den Vorstand des Krupp-Konzerns.

Nach Mommsens Tod erschien eine Flut von Traueranzeigen aus der Industrie in den Zeitungen. Diese Traueranzeigen geben einen guten — wenn auch unvollständigen — Einblick in das weitverzweigte Wirken dieses Herrn. Danach war Mommsen

- **Aufsichtsratsvorsitzender** bei: Industrieverwaltungsgesellschaft mbH Bonn; Salzbergwerk AG; Securitas/Securitas-Gilde und Victoria-Gilde; Krupp-Konzern; Thriumph/Adler/Büromaschinen- und Computergruppe; Preussag AG;
- **Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender** bei: Rosenthal AG; Rheinische Kalksteinwerke GmbH; Blohm und Voss AG;
- **Vorstandsvorsitzender** bei: Thyssen;
- **Verwaltungsratsvorsitzender** bei: Berenburg, Gessler und Co;
- **Beiratsvorsitzender** bei: Deutsche Bank;
- im **Beirat** bzw. **Verwaltungsrat** bei: Bomin-Gruppe; C.F. Ahrenkiel GmbH Hamburg; Germanische Lloyd; Hermes Kreditversicherungs AG; Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank;
- im **Aufsichtsrat** bei: AVG Euromarketing Network GmbH Bonn.

Zitat der Woche

„Mehr Arbeitslose: Strenger Winter entläßt 164.000"
(Schlagzeile in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung am 13. Februar)

Der Wohnungsbau dient der Ausbeutung der Werktätigen

Er ist hochqualifizierter Dreischichtarbeiter, Wartungsmechaniker, sie ist Verkäuferin. Das zweite Kind ist 1/4 Jahr alt. Sie wohnen seit vier Jahren mit den Eltern in deren Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung. Sie gehen jeden Dienstag zum Wohnungsamt und bekommen dort zu hören: „Ja, Sie sind ein Dringlichkeitsfall, aber davon haben wir viele. Wir versuchen, Sie nächstes Jahr zu versorgen — zwei Zimmer, eventuell mit Außentoilette." Sicher ein Härtefall, aber eine Ausnahme? Nach offiziellen Angaben leben 34 Prozent der DDR-Bevölkerung in schlechten bzw. unzumutbaren Wohnverhältnissen. Allein in Berlin gibt es 80.000 Wohnungsanträge. In anderen Großstädten bewegen sich die Zahlen in ähnlichen Größenordnungen. Wenn Wohnungsanträge reden könnten, sie würden viel erzählen von der Wohnungsnot hier und heute — in der DDR 1978.

Die Situation auf den Wohnungsämtern wird immer kritischer, die Stimmung unter den Werktätigen immer unzufriedener. Daher sahen sich die Bonzen gezwungen, den seit Jahren vernachlässigten Wohnungsbau zu forcieren. Sie verkündeten stolz: Seit 1971 sind 750.000 Wohnungen gebaut worden. Aber das ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein und kann die allgemeine Wohnungsnot nicht mal lindern. Immer mehr Leute ziehen in die Großstädte, weil der Unterschied zwischen Stadt und Land ständig wächst. Die Zahl der Kinder nimmt, wie vom Staat gewünscht, kontinuierlich zu.

Während noch vor ein paar Jahren eine vierköpfige Familie mindestens eine Dreiraumwohnung, im allgemeinen mit Bad, zugewiesen bekam, so muß sie sich heute nach fünf bis acht Jahren Wartezeit wie oben mit zwei Zimmern, oft sogar mit Außentoilette begnügen. Glück haben da die Räumungsmieter, sie sind nahezu die einzigen, die auf dem Wohnungsamt Forderungen stellen können. Aber nur nahezu die einzigen — die Oberschicht, falls sie überhaupt das Wohnungsamt in Anspruch nehmen muß, darf selbstverständlich ihre Ansprüche geltend machen. Müssen doch die Ministerkinder, wenn sie heiraten, wissen, wohin; und ein bißchen Komfort möchte auch dabei sein. Und wer einen Minister oder die Tante eines Ministers kennt, kann das ebenfalls ausnutzen. Vitamin B ist auch auf dem Wohnungsamt das Allheilmittel. Daß es dabei nicht geblieben ist, kann man an den zahlreichen Personalumbesetzungen auf den Wohnungsämtern erkennen.

Hat man schon all die Jahre dem Wohnungsneubau zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, so wurde die Erhaltung und Verbesserung der Altbauten erst recht vernachlässigt. Darüber können auch die Rekonstruktionen am Berliner Antonplatz und der Fassadenputz an der Schönhauser Allee nicht hinwegtäuschen.

So wohnen die meisten Werktätigen heute noch in den Mietskasernen der „Blütezeit" des Kapitalismus, nur daß die Häuser inzwischen stark gelitten haben. Kann man einer Familie, in der Mann und Frau im Durchschnitt zehneinhalb Stunden außer Haus sind, in zunehmendem Maße Dreischicht arbeiten, überhaupt noch eine solche Wohnung zumuten? Wann soll man die Kachelöfen heizen, die die Stube erst nach zwei Stunden warm machen? Wie soll man eine vollautomatische Waschmaschine anschließen, wenn die Elektroanlage total veraltet ist? Wo soll sich in der kurzen Zeit, die dafür zur Verfügung steht, die ganze Familie waschen, wenn kein Bad vorhanden ist? Dabei sind das noch nicht die schlimmsten Probleme. Ehescheidungen, psychische Schäden als Folgeerscheinung zeigen, daß solche Lebensverhältnisse nicht mehr zur Reproduktion der Arbeitskraft ausreichen.



Diese Herren kennen keine Wohnungssorgen: Bonzenbungalow am Strand zwischen Wustrow und Ahrenshoop

Was den Komfort betrifft, sind die Neubauten den heutigen Bedürfnissen natürlich besser angepaßt. Aber sehen wir uns doch mal so eine Wohnung im vielgepriesenen neunten Stadtbezirk von Berlin an. Nach einer Tafel in Springpfuhl hat eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung, die im günstigsten Falle von drei Personen bezogen wird, 60 Quadratmeter. Davon sind 45 Quadratmeter reine Wohnfläche, also 15 Quadratmeter pro Person. Selbst die Kapitalisten im Westen billigen ihren Arbeitern 20 Quadratmeter als optimal zu. Das heißt, in unseren besten Neubauten für Werktätige betrügt man jede Person um 5 Quadratmeter. Vergleicht man größere Wohnungen mit Zweiraumwohnungen, so stellt man fest, daß sich die Quadratmeterzahl nur geringfügig erhöht, dafür sind die Zimmer kleiner. Stehen dann im Kinderzimmer Bett und Schrank, kann man sich kaum noch umdrehen.

So spart der Staat wie jeder Kapitalist an den Wohnungen seiner Arbeiter so gut er kann. Was dabei herauskommt, sind moderne Mietskasernen mit eintönigen Fassaden, Satellitenstädte westlichen Musters mit geringen Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten. Und das Niveau der Wohnungen sinkt ständig, obwohl die Miete gleichbleibt. So werden Lichtleitungen nicht mehr unter Putz verlegt, wo man doch in jeder Altbauwohnung versucht, die häßlichen Kabel in der Wand verschwinden zu lassen. In den Badzellen spart man das Ausfliesen. Auf Gasherde und -boiler verzichtet man ganz, dadurch spart man auch die Gasleitung. Sollen die Arbeiter doch nachts baden, wenn am Tag nicht genug heißes Wasser vorhanden ist. Nur schnell fertig werden, so lautet die Devise. Da wird gepfuscht und geschludert, auf Kosten der Qualität und der Sicherheit. Zwei schiefe Gleitkerne standen in der Lenin-Allee lange herum, schließlich hat man doch ein Haus daraus gebaut ... Es wird schon nichts passieren.

Die beste Sparquelle stellen für den Staat jedoch die AWG* dar. Da wird in der Zeitung die „Erfolgsmeldung" gebracht, daß in diesem Jahr 44 Prozent der Neubauwohnungen AWG-Wohnungen sind. Die Bonzen nutzen dabei demagogisch aus, daß die meisten von uns die AWG positiv bewerten, weil sie oft den letzten Rettungsanker darstellen. Trotzdem wissen wir ganz genau, wie wir dabei übers Ohr gehauen werden. Bevor man eine AWG-Wohnung erhält, muß man rund 4.100 Mark auf den Tisch blättern, einschließlich der Eigenleistungen. Die Miete ist später nur wenig geringer als die KWV-Miete. Ein Kollege zahlt zum Beispiel für eine Drei-Zimmer-AWG-Wohnung 112 Mark. Sein Bruder zahlt für die gleiche Wohnung bei der KWV 128 Mark (beide verdienen etwa das gleiche und haben beide zwei Kinder). So wird man also über die AWG gezwungen, dem Staat für den Wohungsbau einen langfristigen Kredit zu geben und außerdem seine kostbare Freizeit zur Verfügung stellen. Das kann so leicht kein westlicher Kapitalist verlangen.

Bereits 1963 wurde uns auf dem VI. Parteitag versprochen: „Die Partei widmet ihre Kraft der Aufgabe, alle Werktätigen ausreichend mit Wohnraum zu versorgen ..." Ja, versprechen und uns über Jahrzehnte vertrösten, das können die Bonzen gut. Wahr geworden ist nichts davon. Im Gegenteil, die Wohnungssituation hat sich verschlechtert, man muß heute im Durchschnitt zwei Jahre länger auf eine Wohnung warten als 1965. Auf dem VIII. Parteitag wurde die „spürbare Verbesserung der Wohnverhältnisse" auf das Jahr 1980 verschoben. Da müssen sich die Bonzen aber beeilen, wenn sie es noch schaffen wollen. Man könnte laut lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

Sie bauen Protzpaläste, bei denen an nichts gespart wird. Milliarden geben sie aus, um Berlin in ein schillerndes Repräsentationszentrum zu verwandeln, mit dem sie für sich Reklame machen können. Sie richten sich Luxusvillen ein wie Onassis und nehmen obendrein noch sogenannte Arbeitswohnungen in der Stadt in Anspruch. So verschwenden sie die von uns erarbeiteten Gelder.

Wie lange sollen wir noch im Dreck leben? Schon jetzt schätzen viele Fachleute ein, daß auch bis 1990 das Wohnungsproblem nicht gelöst wird, wie im „Wohnungsbauprogramm" versprochen. Und selbst wenn es geschafft würde, ist dann tatsächlich „das alte Ziel der Arbeiterbewegung" Wirklichkeit geworden? Wie werden wir denn dann leben? Eingepfercht in Wohnsilos, die gerade noch das Fernsehen ermöglichen (vorausgesetzt, der Nachbar will nicht schlafen), Betonwüsten, in denen man sich nicht wohlfühlen kann.

Wurde 1963 im damaligen Programm der SED noch versprochen: „Städte und Wohnsiedlungen ... sind ... als rationelle komplexe Einheit von Betrieben, Wohnvierteln, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Versorgungs- und Dienstleistungsbetrieben usw. zu projektieren, die günstige Bedingungen für die Arbeit, für das gesellschaftliche Leben und die Erholung gewährleisten", so sollen wir uns heute begnügen, wenn „durch den Wohnungsbau in wachsendem Maße Einfluß genommen wird auf eine hohe Wohnkultur, eine sinnvolle Freizeitgestaltung und die Gemeinschaftsbeziehungen", wenn „der Wohnungsbau verbunden wird mit der Schaffung rationeller Verkehrs-, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen" (aus dem Programm der SED von 1976). Diese Gummiformel wird durchaus erfüllt, wenn sie uns eine Kinderkrippe, eine Kaufhalle und eine Gaststätte ins Wohngebiet setzen.

Sollen wir der Honecker-Clique nun danken, weil sie uns ein paar Wohnungen mehr baut, die dafür noch weit unter dem Niveau liegen, das selbst die westlichen Kapitalisten ihren Werktätigen bieten? Ob Ulbricht oder Honecker, die sind doch alle von einem Schlage. Sie können sich drehen und wenden wie sie wollen, ihre kapitalistische Wirtschaft beutet selbst die einfachsten Bedürfnisse der Werktätigen aus, damit sie um so luxuriöser leben können. Die Wohnungsfrage ist bei uns heute wie im Westen eine Klassenfrage, die nur durch den Sturz der Ausbeuter gelöst werden kann.

(Aus: „Roter Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, Januar 1979).

* Arbeiter-Wohnbaugenossenschaft

Führungswechsel in der DDR-Armee

Der Rücktritt des Admiral Verner

Vor kurzem wurde die Führung der politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee — der Armee der DDR — ausgewechselt. Ein Generaloberst Keßler löste den bisherigen Chef Waldemar Verner ab. Als Grund wurde zunächst die Gesundheit Verners angeführt. Doch der Führungswechsel hatte keinen gesundheitlichen, sondern einen politischen Hintergrund.

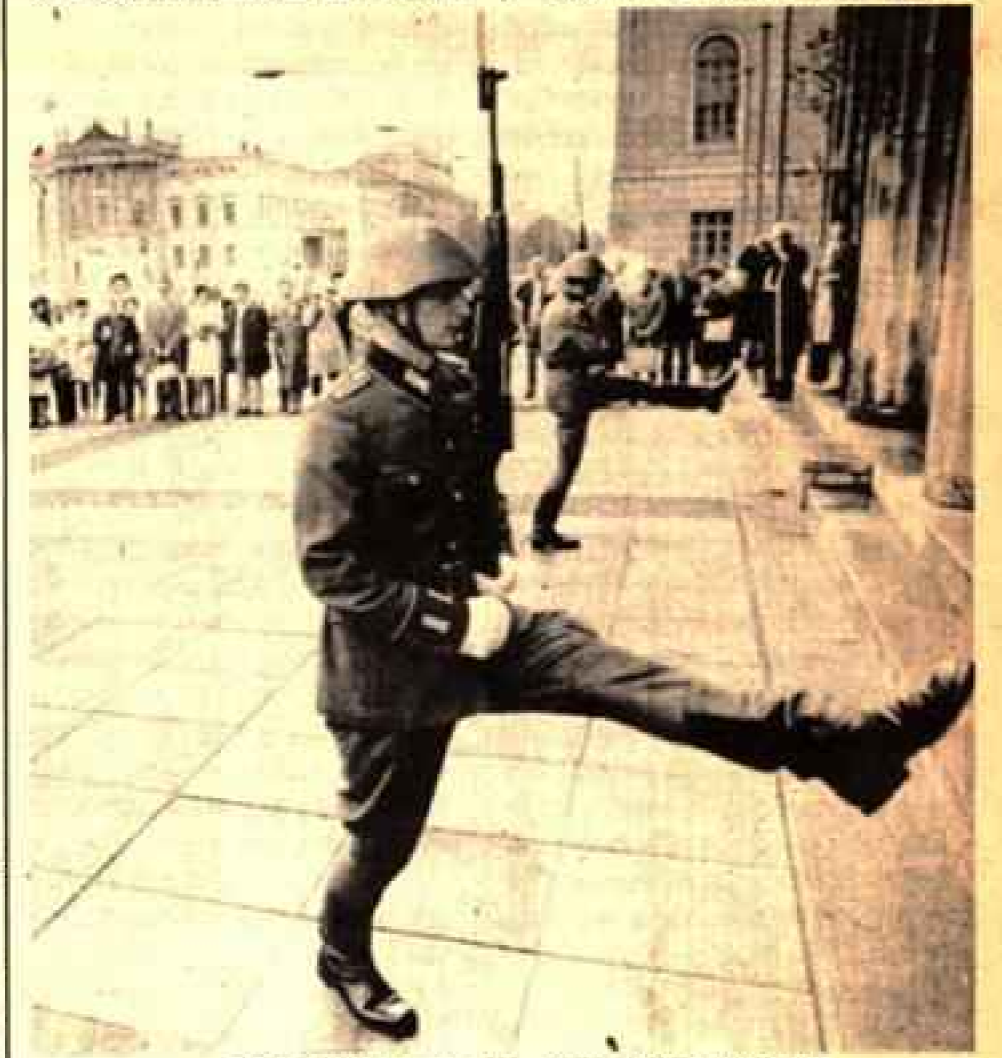
In der neuesten Ausgabe der Ostberliner Offizierszeitschrift „Militärwesen" kritisierte nun der DDR-Kriegsminister, Armeegeneral Heinz Hoffmann, das Niveau der politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit unter den DDR-Soldaten. Er forderte eine „neue Qualität" der politischen Führungsarbeit auf allen Ebenen — „beim Ministerium angefangen". Die Äußerungen Hoffmanns waren direkt auf die Amtsführung des verabschiedeten Verner gemünzt.

Die in der Führung der DDR-Armee zutage getretenen Differenzen müssen im Zusammenhang mit der verstärkt vorangetriebenen Militarisierung gesehen werden. Nach der Einführung des „Wehrkundeunterrichts" war im Oktober 1978 erst ein neues „Verteidigungsgesetz" verabschiedet worden. Dieses Gesetz zielte vor allem auf die bedingungslose Anbindung der DDR — und besonders ihrer Armee — an die Kriegspläne der sowjetischen Sozialimperialisten. Es verpflichtete die Nationale Volksarmee gleichzeitig ausdrücklich auf den Einsatz gegen die Bevölkerung der DDR im Falle von Unruhen und Aufständen (siehe „Roter Morgen" 43/78).

Entsprechend der fortschreitenden Militarisierung mußten natürlich auch die Soldaten ideologisch ausgerichtet werden. Das scheint nun den Ideologen unter Verner nicht genügend gelungen zu sein. Die DDR-Soldaten haben sich offensichtlich die „Gedankengänge" der revisionistischen Bonzen nicht in dem gewünschten Umfang zu eigen gemacht.

So erklärte Hoffmann in der erwähnten Zeitschrift: Die häufig praktizierte Methode, in der ideologischen Arbeit ständig „bestimmte Verallgemeinerungen oder generelle Einschätzungen aus Parteibeschlüssen" zu zitieren, sei „uneffektiv" und löse nicht die „gewünschten Gedankengänge" aus. „Wir wissen nicht", sagte Hoffmann, „ob die Menschen, mit denen wir es zu tun haben, mit Verallgemeinerungen bereits die erforderlichen Vorstellungen verbinden, um einzelne Klassenerscheinungen richtig einordnen und werten zu können." Die politischen Erziehungsbemühungen könnten leicht das Gegenteil von dem auslösen, „was wir eigentlich beabsichtigen".

Was die DDR-Führung „eigentlich beabsichtigt", hat nicht zuletzt das neue „Verteidigungsgesetz" gezeigt. Es zeigt sich auch an dem Militäretat für 1979, der eine Ausgabensteigerung von 11,57 auf 12,15 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahr vorsieht, nach den — ohnehin beschönigenden — offiziellen Zahlen gerechnet. — Auch eine Umbesetzung in der Spitze der Armee kann die Soldaten auf die Dauer nicht für die kriegerischen Pläne ihrer Oberen gewinnen.



DDR-Soldaten vor der „Neuen Wache"/Berlin

Korrespondenz aus der DDR

„Solidaritätsspende"

Vor kurzem lasen die Kollegen einer Abteilung des Zeiss-Werkes in der Lokalzeitung, daß sie 300 Mark auf das „Solidaritätskonto" überwiesen hätten. Da keiner der Kollegen etwas davon wußte, stellten sie auf einer Versammlung die Frage, wie das denn zusammenhängt. Was stellte sich heraus? Der Abteilungsleiter hatte — sicher, um „oben" zu glänzen —, ohne die Kollegen zu fragen, die 300 Mark aus der gemeinsamen Brigadekasse entnommen und auf das „Solidaritätskonto" überwiesen. Die Kollegen waren darüber sehr empört. Es ging ihnen nicht darum, daß sie keine Solidaritätsspende aufbringen wollten, im Gegenteil! Aber daß ein Bonze sich mit ihrem Geld einen guten Namen macht, ohne sie zu fragen, war den Kollegen denn doch zuviel. So gab es denn auch offene und harte Worte. Der Abteilungsleiter versuchte erst, sich herauszureden, indem er angab, zwei „Vertrauensleute" gefragt zu haben; die bestätigten das aber nicht. Nun griff er zu dem altbewährten Rezept, die Sprecher der Kollegen als „Rädelsführer" zu diffamieren. Und wie so oft, duckte sich auch diesmal wieder die Mehrheit. Im Ergebnis der ganzen Sache werden sich einige Kollegen eine andere Arbeitsstelle suchen, auch wenn sie weniger verdienen, denn sie befürchten, daß ihnen ihre Meinungsäußerung noch lange angekreidet wird.

Ein schönes Beispiel „sozialistischer Menschenführung" — nicht wahr?

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Bild:
Mülheim am 8. Januar: Demonstrierende Stahlarbeiter verwickeln Mitglieder der Großen Tarifkommission in erregte Diskussionen. Die IGM-Führer haben nach sechs Wochen Streik und Aussperrung einen faulen Kompromiß angenommen.



Heftige Reaktionen auf Vertrauensleute-Entschließung

Mißtrauensantrag erschreckt IGM-Bonzen

Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir bereits über die Entschließungen, die mehrheitlich von den Vertrauensleutekörpern der IG Metall Hoesch-Westfalenhütte und Hoesch-Phoenix gefaßt worden sind. Sie waren das Ergebnis einer vorausgegangenen Diskussion über die Erfahrungen des Streiks in der Stahlindustrie und über die Rolle der IGM-Führung.

Die Vertrauensleute fordern darin die Ablösung des Essener Bezirksleiters und Verhandlungsführers der IG Metall im Arbeitskampf, Kurt Herb.

Außerdem hieß es zum Beispiel in dem Mißtrauensantrag der Phoenix-Kollegen: „Sollte der Vorstand die Verhaltensweise des Bezirksleiters für richtig halten, so muß der Vorstand eigene Konsequenzen ziehen."

Dieser Mißtrauensantrag hat in der Frankfurter IGM-Zentrale (und nicht nur dort) große Aufregung verursacht. Der Schrecken ist nicht nur Kurt Herb, sondern auch Eugen Loderer und den anderen Herren vom Hauptvorstand in die Knochen gefahren. Auf eine telefonische Anfrage am Montag vergangener Woche antwortete der Pressesprecher der IGM-Zentrale: „Wir sind betroffen, entsetzt. Wir wußten nichts davon."

Verschiedene Spitzenfunktionäre der IGM schimpften: Hier sei ein Konflikt personalisiert worden, dies sei innerhalb der Gewerkschaft unverantwortlich und schädlich. Aber dieses Geschrei ist Schaumschlägerei. Was den Bonzen an den Nerv geht, ist doch nicht die Tatsache, daß eine einzelne Person aus dem Kreis der höheren IGM-Funktionäre angegriffen wird. In Wahrheit sind die Herren Gewerkschaftsbonzen deshalb so geschockt, weil sich die Mißtrauensanträge der Vertrauensleute in ihrer Substanz nicht nur gegen Herb, sondern gegen die ganze IGM-Führung richten, gegen die Politik des DGB-Apparats schlechthin.

Die Politik des DGB-Apparats ist eine Politik der Abwürgung des konsequenten Kampfes der Arbeiterklasse. Sie orientiert sich an einem angeblichen Interessenausgleich, wobei sich aber in der Realität zeigt, daß dabei immer nur die Interessen der Kapitalisten zum Durchbruch kommen, während die der Arbeiter auf der Strecke bleiben. Es ist die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern und der Verteidigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung.

Zunehmend haben die Kollegen in den Betrieben, insbesondere die aktiven Gewerkschafter, die Vertrauensleute, in den letzten Jahren gesehen, daß diese Politik arbeiterfeindlich ist, daß sie Verrat an den Forderungen der Kollegen, Verrat an den Zielen der Arbeiterbewegung bedeutet. Das ist der Ausgangspunkt für den starken Widerstand der Basis beim Arbeitskampf in der Stahlindustrie gegen die abwieglerische und auf Verrat an den Forderungen abgestellte Politik der IGM-Führung. Und das ist auch der Hintergrund der Mißtrauensanträge gegen Herb.

Beispielsweise kam es auf den Vertrauensleuteversammlungen bei Phoenix und Westfalenhütte zu Stellungnahmen wie dieser: „Wir lassen uns nicht länger für dumm verkaufen. Für solch ein jämmerliches Ergebnis haben wir keine sechs Wochen bei Wind und Wetter Streikposten gestanden. Dafür haben wir nicht unsere Familien in finanzielle Schwierigkeiten gebracht, wobei wir obendrein von Presse, Funk und Fernsehen beschimpft wurden! Was hier von der Gewerkschaftsführung ausgehandelt wurde, ist Verrat!"

Bereits bei den Streiks der Hafenarbeiter und der schwäbischen Metaller im Frühjahr '78 gab es erheblichen Widerstand der Arbeiter gegen die Streikbruchtaktiken und die verräterische Verhandlungsführung der IGM-Bonzen. Hier trat bereits die klassenkämpferische oppositionelle Strömung an der Gewerkschaftsbasis deutlich zutage. Im Arbeitskampf in der Stahlindustrie kam es sogar während des Streiks mehrfach zu offenen Konflikten zwischen den aktivsten und kämpferischsten Kräften in der Streikfront und den IGM-Bonzen. Sollten die Bonzen gehofft haben, nach Beendigung des Arbeitskampfes, wenn sich die Gemüter erst wieder beruhigt hätten, würde alles wieder ins alte Geleis kommen, so haben sie sich offensichtlich verrechnet. Das zeigen die Mißtrauensanträge, die jetzt mehrere Wochen nach dem Ende des Arbeitskampfes zustandekamen.

Die spontane oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften wird in den nächsten Jahren noch weiter stärker zum Ausbruch kommen. Auch wenn es in ihr noch viele unklare Vorstellungen gibt und unterschiedliche politische Standpunkte — es gibt eine einheitliche und von den objektiven Interessen der Arbeiterklasse bestimmte Grundtendenz: Sie besteht in der Ablehnung einer Politik der Zugeständnisse an das Kapital, in der Forderung nach einer Strategie des gewerkschaftlichen Kampfes, die sich kompromißlos an der Durchsetzung der Interessen der Arbeiter orientiert.

Dieser revolutionäre Ansatz ist es, der alles, was reaktionär und arbeiterfeindlich ist, auf den Plan ruft und zu Angriffen und Hetze gegen die oppositionellen Kräfte aufreizt. In diesen Chor fielen sie diesmal alle ein: angefangen von den DGB-Bonzen, über die Unternehmer und die bürgerliche Presse, bis hin zu der angeblichen Arbeiterpartei DKP. Die Bandbreite der Beschimpfungen reichte von „Linksradikale" über „Gewerkschaftsfeinde" oder „KPD/ML-gesteuert" bis zu so absurden Vorwürfen wie: „autoritäre Minderheit", die „gegen die Demokratie in der IGM verstößt" (Begründung: die Mehrheit der Stahlarbeiter habe sich ja für das Tarifergebnis ausgesprochen; das war auch eines der „Argumente", mit denen Kurt Herb gegen die Mißtrauensanträge geiferte). Aber all dieses Gegeifer wird die klassenbewußten Gewerkschafter nicht daran hindern, ihren Weg zu gehen.

UZ verleumdet Hoesch-Vertrauensleute

Die schmierigen Methoden der DKP-Führung

In den arbeiterfeindlichen Chor derjenigen, die mit Lügen und Verdrehungen die Vertrauensleute bei Hoesch wegen ihres Mißtrauensantrags gegen Kurt Herb verunglimpfen, hat sich auch die DKP-Führung mit ihrem Sprachrohr UZ eingereiht.

In dem entsprechenden Artikel wird als erstes der IGM-Boß Loderer zitiert. Das macht die UZ in derartigen Fällen immer so, damit auch kein Zweifel an ihrer Loyalität gegenüber den Arbeiterverrätern von der DGB-Führung aufkommen können. Ihre Stellungnahme verkleidet die UZ dann in der für sie typischen feigen und schmierigen Art als Stellungnahme irgendwelcher anonymer „Gewerkschafter", die in dem Artikel zitiert werden: „Gewerkschafter verweisen in diesem Zusammenhang darauf..."

Die UZ läßt ihre ominösen „Gewerkschafter" großzügig zugestehen, daß es durchaus erlaubt sei, über die Erfahrungen des Stahlarbeiterstreiks eine innergewerkschaftliche Diskussion zu führen, läßt sie dann aber sogleich heftig mit dem Zaunpfahl winken: *„Diese Diskussion müsse aber vom Standpunkt der Stärkung der Einheitsgewerkschaften, ohne Einmischung von außen, von wem sie auch kommen, geführt werden."*

Man fragt sich zunächst: Was für eine Einmischung von außen meint die UZ denn eigentlich? Will sie etwa andeuten, die Kollegen, die den Mißtrauensantrag gegen Herb gestellt haben, seien „von außen" ferngesteuerte Elemente? Nun — die UZ läßt ihre „Gewerkschafter" noch etwas deutlicher werden:

„Es wird in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß großbürgerliche Medien wie ‚Handelsblatt' und ‚Frankfurter Allgemeine', ‚Bayernkurier' und ‚Bild-Zeitung', ARD und ZDF eine sogenannte ‚Führungsdiskussion der IG Metall' herausstellten. Dies sei sicher in der Absicht erfolgt, die Gewerkschaft insgesamt zu schwächen."

So ist das also! Demgegenüber wollen wir hier klar sagen, daß unserer Meinung nach diese seltsamen „Zitate" ungenannter „Gewerkschafter" in der UZ offensichtlich „in der Absicht erfolgt sind", klassenkämpferische Vertrauensleute als Handlanger von Springer und Strauß bzw. „großbürgerlicher Kreise" zu verleumden. Wer sich hier in einer Front mit den Kapitalisten und den bürgerlichen Massenmedien befindet, das sind nie und nimmer die kämpferischen Vertrauensleute, die im Streik mit großem Einsatz und unter erheblichen persönlichen Opfern gekämpft haben. Es sind vielmehr jene Gewerkschaftsführer, die die Kollegen in die Pfanne gehauen haben: die Herren Loderer, Herb und Konsorten. Und an ihrer Seite oder besser: an ihrem Rockzipfel hängen die DKP-Führer, hängt die UZ mit ihren unverfrorenen Unterstellungen gegen ehrliche und aufrechte Gewerkschafter.

Daß es gerade die UZ selbst ist, die mit den kapitalistischen Wölfen heult, sei durch einen Auszug aus der von ihr selbst angeführten großbürgerlichen Zeitung „Handelsblatt" belegt. Unter der Überschrift „Mißtrauensleute" heißt es da in einem Kommentar zu dem Mißtrauensantrag gegen Herb:

> Die Wirtschaft sollte sich über die Gärprozesse in der IG Metall keineswegs freuen. Wenn sich der Vorstand der Gewerkschaft von solcher Kritik radikaler Gruppen beeindrucken ließe, könnte das für die Arbeitgeber nur bedeuten, daß sie in den nächsten Tarifrunden mit noch radikaleren Forderungen konfrontiert würden und einen noch höheren Preis zahlen müßten.
>
> Die IG Metall aber sollte sich fragen: Ist ihre Politik eigentlich richtig, die Vertrauensleute so zu verhätscheln und sie oft genug in Konkurrenz zu den Betriebsräten einzusetzen? Vertrauensleute haben meist eine sehr laute Stimme, aber sie tragen selten Verantwortung.

Neue Subventionen für die Unternehmer

Lambsdorff läßt sich nicht beirren

Längst pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Staatliche Subventionen an die Unternehmer haben in den seltensten Fällen einen Arbeitsplatz gesichert. Hingegen haben sie nicht nur die Reichen noch reicher werden lassen, sondern ihnen auch geholfen, ihre Rationalisierungsfeldzüge voranzutreiben.

Kann dies aber die Herren in Bonn, die „Experten" im Wirtschaftsministerium, davon abhalten, den Unternehmern unter dem Vorwand der Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen immer neue Steuermillionen in den Rachen zu werfen? Nicht im geringsten. Unter der Leitung von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff wurde jetzt der neue Rahmenplan für regionale Strukturförderung beschlossen. Die regionale Strukturförderung gehört offiziell zu jenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit denen der Staat angeblich die Arbeitslosigkeit bekämpft.

Der Plan sieht vor, daß in verschiedenen Gebieten bis zum Jahr 1981 private Investitionen von jährlich 11,1 Milliarden Mark durch staatliche Subventionen gefördert werden. Ferner sollen auch kommunale Investitionen „zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur" gefördert werden, allerdings nur in Höhe von 500 Millionen Mark jährlich. Für die Finanzierung der Förderungsmaßnahmen ist allein für das Jahr 1979 die Summe von 808 Millionen Mark vorgesehen. Dieses Geld soll je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern aufgebracht werden. Der größte Teil dieses Geldes wird in die Taschen der Unternehmer wandern.

Diese Millionen bilden nur einen kleinen Teil der Mittel, die aus Steuergeldern vom Staat für die Subventionierung angeblich arbeitsplatzsichernder Investitionen ausgeschüttet werden. Seit fünf Jahren, seit also in der Bundesrepublik ein riesiges Arbeitslosenheer entstanden ist, haben derartige Förderungsmaßnahmen Zigmilliarden verschlungen. Seitdem hat sich aber auch tausendfach bestätigt, daß fast alle Investitionen, die mit diesen Milliarden prämiert wurden, nicht die Schaffung oder Erhaltung, sondern die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen bewirkten.

Aber einen Lambsdorff kann dies nicht beirren. Er weiß, was er seinen „Freunden in der Wirtschaft" schuldig ist. So versäumt er auch keine Gelegenheit herauszustellen, daß „Arbeitszeitverkürzungen ein völlig ungeeignetes Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist". Genauso, wie er ja nicht oft genug vor den „beschäftigungspolitischen Gefahren" von Lohnerhöhungen warnen kann. Die Sache ist im Grunde doch ganz einfach: Alles, was die Profite der Kapitalisten mindern könnte, schadet „unserer Wirtschaft".

Es ist kein Wunder, daß Lambsdorff einer jener Vertreter der Bundesregierung ist, die bei den Arbeitern besonders unbeliebt sind, um nicht zu sagen verhaßt. Aber machen wir uns nichts vor! Die Bonzen der SPD vertreten genauso bedingungslos die Profitinteressen des Kapitals, wenngleich die SPD bemüht ist, sich als „Partei der Arbeitnehmer" darzustellen. In Wahrheit aber ist auch ihre Politik nur auf die Bereicherung der Kapitalisten ausgerichtet. Und wenn ein Helmut Schmidt oder Friedhelm Farthmann gönnerhaft erklären: Die 35-Stunden-Woche kommt bestimmt irgendwann, vielleicht in 10 oder 20 Jahren — was hat solches Geschwätz denn für einen Zweck? Nur den, die Kapitalisten vor dem Kampf für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hier und heute abzuschirmen!

RGO-Betriebsrat bei Cassella fristlos entlassen

In dem Frankfurter Chemiewerk Cassella wurde in der vergangenen Woche der RGO-Betriebsrat Michael Köster fristlos entlassen. Als Vorwand nutzten die Cassella-Bosse einen Fehler bei der Arbeit aus, der dem Schichtarbeiter auf Nachtschicht unterlaufen war. Ein Kessel, dessen Temperaturregler nicht funktionierte, war zu heiß geworden, so daß das zu bearbeitende Material unbrauchbar geworden war. Michael Köster hatte, um Zeit zu sparen, schon vor dem Ende des Arbeitsvorgangs eine Temperatureintragung im Protokollbuch vorgenommen und vergessen, sie zu korrigieren, nachdem sich die Überhitzung herausgestellt hatte. Ähnliches kommt bei der Arbeitshetze auf Cassella öfter vor. In diesem Fall jedoch hatten die Bosse endlich einen Vorwand, um sich den unbequemen Betriebsrat vom Halse zu schaffen. Außer den anderen beiden RGO-Betriebsräten von Cassella stimmten alle anderen Betriebsratsmitglieder der Entlassung zu. Die RGO entlarvte in einem Flugblatt, daß der Arbeitsfehler nur als Vorwand für die Entlassung diente. Die meisten Kollegen im Betrieb sehen das auch so und sind empört darüber.

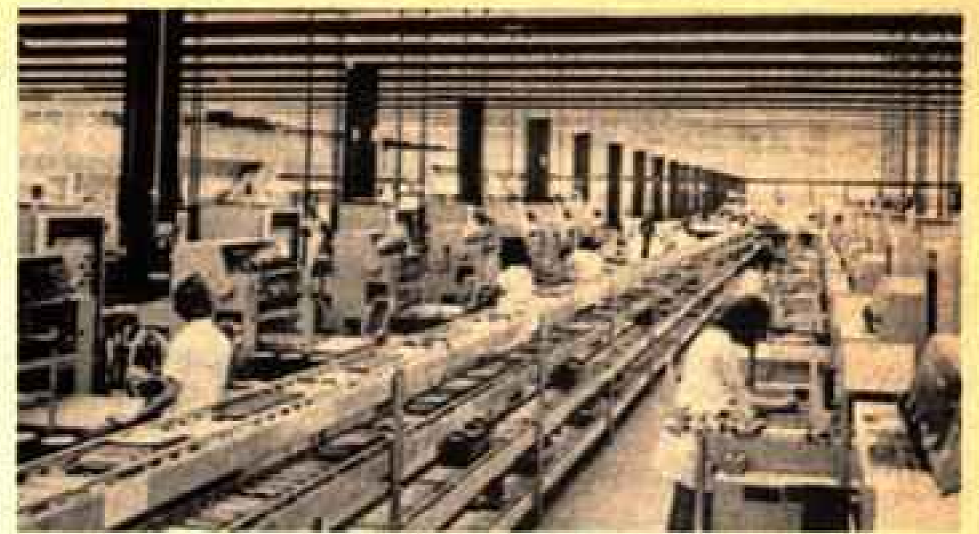
Der Kollege wird beim Arbeitsgericht gegen seine fristlose Entlassung klagen.

Es ist ziemlich unbekannt, daß und in welchem Ausmaß es Krankheitskündigungen gibt. Ja, oftmals wird angenommen, daß den Betrieben Kündigungen wegen Krankheit oder gar während einer Krankheit untersagt sind. So ist es nicht! Die heutigen Gesetze lassen Krankheitskündigungen weitgehend zu, und in der Anwendung der Krankheitskündigungen gehen die Firmen oft noch darüber hinaus.

Schluß mit den Krankheitskündigungen!

Unmenschliche Praktiken der Unternehmer
Eine Arbeiterin von Siemens/Witten berichtet

Arbeiterkorrespondenz



Am Mattenlegeautomaten

Im Betrieb Siemens-Witten ist die Krankheitskündigung ein Druckmittel, mit dem jede Arbeiterin dort sehr schnell konfrontiert wird. Da passiert es ihr zum Beispiel, daß sie in den ersten sechs Monaten am Blinddarm operiert werden muß. Prompt bekommt sie auch schon ein Briefchen mit der ersten schriftlichen Verwarnung wegen „krankheitsbedingter Abwesenheit"!

Höflich und eiskalt steht da: *„... Aus betrieblichen Gründen können wir aber bei weiteren arbeitsunfähigen Erkrankungen Ihren Arbeitsplatz für Sie nicht mehr weiter freihalten. Wir bitten Sie deshalb, gegebenenfalls nach erfolgter Rücksprache mit Ihrem Hausarzt, uns mitzuteilen, ob wir auch in Zukunft mit häufigeren oder längeren krankheitsbedingten Abwesenheitszeiten rechnen müssen."*

Wie soll die Betroffene garantieren, daß sie in Zukunft (außer Blinddarm) nicht wieder krank wird? Und selbst der Hausarzt kann da nicht Hellseher spielen. Das Ganze kann nur als Erpressung aufgefaßt werden. Bezweckt wird, daß die Arbeiterin, ja die ganze Belegschaft durch solche Drohungen eingeschüchtert wird. Da ist es kein Wunder, daß Frauen Angst haben, krank zu werden, und häufig trotz Krankheit arbeiten gehen, was ihren Gesundheitszustand natürlich weiter verschlechtert.

Man darf nun nicht glauben, daß die Angst rauszufliegen, nur die ersten sechs Monate drückt, wo man in der Regel noch keinen Kündigungsschutz hat. Nein, Krankheitskündigungen treffen genauso Frauen, die zwei, drei, vier, fünf Jahre und länger in der Knochen- und Nervenmühle Siemens malocht haben. Und sie treffen Frauen, die gerade die Arbeit bei Siemens krank gemacht hat.

Wegen Krankheit entlassen

Safija Begevic
arbeitete seit 1973 im Betrieb und hatte 1977 eine komplizierte Schwangerschaft mit häufigen Trombosen. Nach der Geburt war sie sehr geschwächt und hatte große Sorgen mit dem häufig kranken Kind. Sie selbst war öfter krank, was keine Besonderheit bei arbeitenden Müttern im ersten Jahr nach der Geburt ist, da zu dem Streß der Fabrikarbeit die Belastung durch das Baby zu Hause hinzukommt. Trotz ihrer außerordentlich guten Arbeitsergebnisse in den Jahren vor ihrer Schwangerschaft wurde sie sieben Monate nach der Geburt gekündigt.

Nimet Demirdelen
arbeitete seit 1974 bei Siemens und litt an einer Unterleibskrankheit. Gewissermaßen als mündliche Verwarnung wurde ihr vom Meister geraten, ins Krankenhaus zu gehen und die Sache in Ordnung bringen zu lassen. Diesen „Rat" befolgte sie. Als sie aus dem Krankenhaus zurückkam, erhielt sie prompt eine schriftliche Verwarnung. Die Ärzte hatten eine Totaloperation vornehmen müssen, die noch nicht ganz ausgeheilt war. Als es deswegen zu einer weiteren Krankheitszeit kam, wenige Wochen später, kam die Kündigung.

Monika Klappstein
arbeitete seit Sommer 1978 im Betrieb und zog sich nach kurzer Zeit eine Nervenentzündung zu. Da sie große Schmerzen hatte, befolgte sie den ärztlichen Rat und ging für drei Wochen in das Krankenhaus, um sich operieren zu lassen. Sie konnte zunächst die Arbeit nicht wieder aufnehmen, da die Narbe nicht zuheilte. Obwohl sie schließlich zusagte, im November die Arbeit wiederaufzunehmen, wurde sie im Oktober entlassen.

Irmtraut Liebeck
arbeitete seit 1973 im Betrieb. 1977 zog sie sich eine Unterleibskrankheit zu und war längere Zeit krank. Der Meister riet ihr, das Krankenhaus aufzusuchen, was sie auch tat. Als sie Anfang 1978 die Arbeit wiederaufnahm, wies sie gleich darauf hin, daß die Sache noch nicht ganz ausgeheilt sei, sie müßte wahrscheinlich noch einmal ins Krankenhaus. Als dann danach noch weitere Fehlzeiten — insgesamt zwei, eine davon wegen Krankenhausaufenthalt — eintraten, wurde sie im März 1978 gekündigt.

Akkord ist Mord!

Dazu der Fall der 22jährigen Kollegin aus der Türkei, Yasimin Sarioglu, die gegen ihre Kündigung beim Arbeitsgericht Klage erhoben hat, worüber am 9. 2. vor dem Arbeitsgericht Bochum verhandelt wird.

Yasimin Sarioglu arbeitet seit 1975 bei Siemens-Witten und ist Ende 1978 wegen Krankheit gekündigt worden. Im Jahre 1978 mußte sie sich mehrfach wegen Magenschleimhautentzündungen, schmerzhafter Bewegungseinschränkung der Hals- und Lendenwirbelsäule, Entzündung der Armnerven u. a. krankschreiben lassen.

Ganz offensichtlich liegt bei ihr der Grund für diese Krankheiten in dem mörderischen Akkordsystem bei Siemens. Die enorm einseitige körperliche Belastung der Arme, der Handgelenke, der Augen, des Rükkens durch das krumme Sitzen usw. und die aufreibende nervliche Belastung durch die Akkordhetze erzeugen schmerzhafte und langwierige Krankheiten wie Nerven- und Sehnenentzündungen, Rückenleiden, Magengeschwüre, Kreislaufstörungen, Störungen des vegetativen Nervensystems usw. Das hat inzwischen auch die Arbeitsmedizin festgestellt.

Wissen das die verantwortlichen Herren von Siemens nicht? — Natürlich. Trotzdem hat Siemens die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren ständig weiter verschärft, die Akkorde erhöht. Der Mann mit der Stoppuhr stellt immer fest, daß noch mehr rauszuholen ist.

Kranke bringen keinen Profit

Es ist kein Zufall, daß allgemein mit der zunehmenden Rationalisierung seit Mitte der sechziger Jahre auch die Krankheitskündigungen zunehmen. Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Wo die Kapitalisten aus jedem beschäftigten Arbeitnehmer das Zwei- und Dreifache als vor Jahren herausholen, da geht es zwangsläufig bergab mit unserer Gesundheit. Es ist statistisch erwiesen, daß durch die enorm gesteigerte Arbeitshetze in den Betrieben sich der Gesundheitszustand der Industriearbeiter allgemein verschlechtert. Dazu zwei drastische Zahlen: Die Lebenserwartung der Arbeiter liegt um zwei Jahre, die der Arbeiterinnen sogar um fünf Jahre niedriger als beim Durchschnitt der Bevölkerung.

Und genau zu diesen grausamen Zahlen passen die unmenschlichen Krankheitskündigungen. Für ein Arbeiterleben heißt es nicht nur „weil du arm bist, mußt du früher sterben", sondern schon zu Lebzeiten „weil du krank bist, verlierst du deine Existenzgrundlage, deinen Arbeitsplatz". Man muß sich das mal richtig vorstellen: Da wird man — unverschuldet — öfter oder schwer krank, hat unheimliche Sorgen deshalb, meist noch erhöhte Unkosten, verliert dann den Arbeitsplatz und findet eben wegen der Krankheit keinen oder kaum einen neuen Arbeitsplatz.

Verständlich, daß die Geschäftsleitung von Siemens — in Gestalt von Herrn Wilhelm — auf der letzten Belegschaftsversammlung an die Decke ging, als die RGO-Betriebsrätin Annette Schnoor diese empörende Praxis der Krankheitskündigungen auf den Tisch brachte. Getroffene Hunde bellen, manchmal auch in ziemlich unverschämten Tönen. So verstieg sich Herr Wilhelm in seiner Verteidigungsrede gar zu der Behauptung: „Bei Siemens soll keiner ausgebeutet werden!" Nun, die Zahlen und Fälle von Krankheitskündigungen bei Siemens sprechen ihre eigene Sprache und haben zu Recht große Empörung unter der Belegschaft ausgelöst!

„Bei Siemens soll keiner ausgebeutet werden"

1976 wurden bei Siemens-Witten von 70 Kündigungen 53 wegen Krankheit ausgesprochen, also 75 Prozent. 1977 waren es 34 von 89, also 38 Prozent. 1978 waren es 43 von 89 Kündigungen, also 44 Prozent. In einer Reihe von Kündigungen wurden zusätzlich andere Gründe wie Fehlzeiten oder/und Leistungsmängel genannt. Diese Gründe würden aber alleine nicht als Kündigungsgrund ausreichen, schlagen aber bei jemandem, der oft krank ist, doppelt zu Buche und bringen ihn dazu noch in den Geruch des Bummelanten. Halten wir also fest, die letzten drei Jahre hat Siemens also über 50 Prozent der Kündigungen wegen „krankheitsbedingter Fehlzeiten" ausgesprochen.

Wir wissen, daß das Problem der Krankheitskündigungen nicht nur bei Siemens besteht. Sie nehmen zum Beispiel auch in der Chemie- oder Auto-Industrie zu, denn die Kapitalisten rationalisieren durch, um Höchstprofite rauszuschlagen und die Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Wenn ab und zu mal offiziell Zahlen durchsickern, wie zum Beispiel die, daß 30 Prozent der Schichtarbeiter Magengeschwüre bekommen, dann kann man sich insgesamt ausmalen, welcher Raubbau mit unserer Gesundheit betrieben wird. Du wirst ausgepreßt wie eine Zitrone, bis du nicht mehr kannst, als Lohn verlierst du dann deinen Arbeitsplatz.

Um Nachschub sind die Kapitalisten nicht verlegen. Sie holen sich Gesunde aus dem Millionenarbeitslosenheer, das sie sich selbst geschaffen haben. Gesunde, die sie erneut auspressen können. Du als Mensch interessierst nicht in dieser „humanen Arbeitswelt", von der so viel geredet wird. Nur deine Arbeitskraft interessiert, die sie möglichst bis zum Letzten ausbeuten wollen.

Bei Siemens hat die RGO den Kampf gegen die Krankheitskündigungen auf die Tagesordnung gesetzt. Schon im Betriebskampfprogramm der RGO wurde die Forderung „Schluß mit Verwarnungen und Entlassungen wegen Krankheit" aufgestellt.

Mit der RGO gegen Krankheitskündigungen

Die RGO-Betriebsräte setzen sich im Betriebsrat dafür ein, daß möglichst alle Betriebsräte mit „Bedenken" gegen die Entlassungen stimmen. Leider gibt es Betriebsräte, die wie bei anderen Kündigungen auch bei Krankheitskündigungen im Interesse der Siemens-Bosse zustimmen. Trotzdem gibt es auch im Betriebsrat schon eine breitere Stimmung gegen die Krankheitskündigungen, sicher auch aufgrund der Empörung in der Belegschaft und aufgrund der überzeugenden Arbeit der RGO-Betriebsräte. Ein Erfolg ist zum Beispiel, daß bei der letzten Krankheitskündigung der gesamte Betriebsrat dagegen stimmte.

Richtig ist auch, daß betroffene Frauen da, wo Chancen bestehen, vor das Arbeitsgericht gehen. Auch wenn man sich darauf gefaßt machen muß, daß die Firma Siemens mit allen Mitteln ihr „Recht" auf uneingeschränkte Ausbeutung durchzusetzen versucht.

Unser Kampf gegen die Krankheitskündigungen muß sich aber auch gegen das geltende Recht wenden, das blanker Hohn auf das Schlagwort von der „Humanisierung der Arbeitswelt" ist. Es gab sogar bei uns schon mal bessere Gesetze, wie z. B. das Kündigungsgesetz Berlin 1950, nach dem Arbeiter und Angestellte während einer Krankheit und bis zu sechs Monaten danach nicht aus Krankheitsgründen gekündigt werden durften! Warum ist es in der Schweiz möglich, daß die Gesetze klare Kündigungsverbote während bestimmter Krankheitsfristen aussprechen?

Auch wir brauchen hier und heute klare gesetzliche Kündigungsverbote bei Krankheit. Dieser Forderung müssen wir in den Betrieben, in der Gewerkschaftsarbeit, in der Öffentlichkeit verstärkt Nachdruck verleihen, denn sie ist für uns Arbeiter eine Existenzfrage.



Akkordhetze, monotone Arbeit bei Siemens in Witten: oft die Ursache für Nerven- und Sehnenentzündungen, Rückenleiden, Magengeschwüre, Kreislaufstörungen...

Arbeitsrechtliche Hinweise

Wie ist die Rechtslage bei Krankheitskündigungen? Im folgenden einige Hinweise, die die Ausschöpfung der gegebenen rechtlichen Möglichkeiten erleichtern sollen, wenn man vor dem Arbeitsgericht gegen Krankheitskündigungen klagt.

Es gibt Kündigungen wegen „häufiger Fehlzeiten" und Kündigungen wegen „langandauernder Krankheit".

In beiden Fällen müssen die **Fehlzeiten „erheblich"** sein. Dafür, was „erheblich" ist, gibt es keine Festlegung. (Nicht „erheblich" laut LAG Hamm: 14 Prozent der Arbeitstage im Jahr; laut Arbeitsgericht Gelsenkirchen: 66 Fehlschichten.) Bei langandauernder Krankheit müssen Fehlzeiten mindestens zwei bis drei Monate betragen.

Bei Krankheitskündigungen muß eine **„negative Zukunftsprognose"** vorliegen. Häufige Krankheiten oder lange Fehlzeiten in der Vergangenheit sind also nicht von Bedeutung, wenn eine positive Zukunftsprognose vorliegt. Sie liegt vor bei Krankheiten ohne Wiederholungsgefahr (wie z. B. Blinddarm oder schwangerschaftsbedingten Leiden), wenn das Grundleiden ausgeheilt ist oder dabei ist, auszuheilen (abnehmende Krankheitstage, Operation, bewilligte Kur, Anwendung neuer Behandlungsmethoden), bei langandauernder Krankheit, wenn die Gesundung abzusehen ist.

Weiter muß bei Krankheitskündigungen eine **„Störung des Betriebsablaufs"** vorliegen. Bei Großbetrieben ist das meist sowieso nicht der Fall, da eine Fehlquote eingeplant ist und der Arbeiter oft ersetz- oder austauschbar ist.

Bei der **„allgemeinen Interessenabwägung"** müssen wir das lebenswichtige Interesse des Arbeiters an seinem Arbeitsplatz in den Mittelpunkt stellen. Der Kapitalist ist verpflichtet, vor dem Mittel der Kündigung eine Umsetzung oder anderweitige Beschäftigung zu ermöglichen. Gegen eine Kündigung fallen weitere Punkte ins Gewicht wie Verschleißkrankheiten durch den Betrieb, lange Betriebzugehörigkeit, schwierige Familien- und Vermögensverhältnisse, Folgekrankheiten eines Betriebsunfalls.

Hinweis: Genauere Ausführungen zu den Krankheitskündigungen finden sich in einem Rundschreiben der IGBE. Es handelt sich um das Rundschreiben Nr. 18/78-BR vom 1. August 1978. Im Anhang sind dort Bundesarbeitsgerichtsurteile zu den Krankheitskündigungen abgedruckt.

Giftmilchskandal

Es geht um die Existenz der Bauern

In der vergangenen Woche sind weitere Einzelheiten über Umfang und Auswirkungen der Vergiftung des hessischen Rieds durch den Chemiekonzern Merck bekanntgeworden. Besonders für die betroffenen Bauern hat der „Giftmilchskandal", die Verseuchung mit Hexachlorcyclohexan (siehe auch „Roter Morgen" 5/79), katastrophale Folgen.

Nachdem die Milch aus zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben zunächst noch zu Milchpulver verarbeitet und gelagert wurde, wird sie nun in immer größerem Umfang vernichtet. Am 29. Januar waren von der Milchvernichtung noch fünf, am 30. Januar schon elf Betriebe betroffen. Die Verluste der Bauern gehen bereits in die Zehntausende.

Am 28. Januar nahm das Darmstädter Schlachthaus aus dem betroffenen Riedgebiet keine Ochsen mehr an. Am folgenden Tag verfügte auch die Kreisverwaltung, daß — entsprechend dem Lebensmittel- und Tierseuchengesetz — ohne die Genehmigung des Veterinäramtes kein Vieh aus dem Ried mehr verkauft oder geschlachtet werden darf.

Mit größter Wahrscheinlichkeit sind auch die landwirtschaftlichen Pflanzungen im Ried — Getreide und Gemüse — mit Hexachlorcyclohexan vergiftet. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen, aber die Bauern warten auf die Ergebnisse wie auf ihr Todesurteil. Ihre Existenz ist durch die verbrecherische Umweltverseuchung seitens des Merckkonzerns auf das schwerste gefährdet.

Dies geben auch die hessischen Umweltpolitiker, die die Umweltvergiftung mitzuverantworten haben, in lakonischen Erklärungen zu. So sagte ein Beamter aus dem Umweltministerium gegenüber aufgebrachten Bauern: „Letztlich stand über der Diskussion heute doch die Frage, ob man in einem derart belasteten Ballungsraum überhaupt noch Landwirtschaft betreiben kann." Und der hessischen Umweltminister Görlach selbst erklärte: „Es ist nicht auszuschließen, daß zumindest einige Felder, zumindest mit bestimmten Produkten, nicht mehr bebaut werden dürfen."

Glaubt man der hessischen Regierung, so will sie, die jahrelang den Merckkonzern gedeckt hat, nun auf einmal den Bauern helfen. „Wir lassen die Bauern nicht in der kontaminierten Milch stehen'', protzte Görlach. Die Maßnahmen erschöpfen sich aber — abgesehen von Reden und Erklärungen — in der Einrichtung einer Kontaktstelle für betroffene Bauern und eines „Hilfsfonds". Aus diesem Fond sollen obendrein nur „Vorschüsse" gegeben werden, die wieder zurückgezahlt werden müssen.

Um den schwer geschädigten Bauern wirksam zu helfen, wären ganz andere Maßnahmen nötig. Dazu müßte der Urheber der Vergiftung — der Chemiekonzern Merck — sofort und in vollem Umfang Ersatz für alle entstandenen Schäden leisten. Er müßte das immer noch in Gernsheim lagernde Hexachlorcyclohexan, das weiter die Umwelt verseucht, aus dem Ried entfernen und sicher deponieren. Es müßten weiter geeignete Maßnahmen getroffen werden, um die Umweltvergiftung im Ried wirksam zu unterbinden. Dazu ist aber eine Regierung, die mit den Konzernen unter einer Decke steckt, die ihre Umweltverbrechen vertuscht und fördert, nicht bereit.

Die Bauern werden hart um ihr Recht und ihre Existenz kämpfen müssen. Langwierige und kostspielige Schadensersatzprozesse stehen ihnen bevor. Ihr Gegner — der Merckkonzern — wird ihnen freiwillig keine einzige Mark herausrükken. Er weist eine Schuld an der Vergiftung weit von sich.

So erklärte der Vorsitzende der Merck-Geschäftsleitung, Langmann, in der letzten Woche: „Wir können aufgrund unserer sorgfältigen Messungen mit Gewißheit sagen, daß die im Boden deponierten Rückstände nicht zu einer Kontaminierung der Milch in irgendeiner Weise beigetragen haben." Er behauptete, daß es sich bei den Milchrückständen weder um Gesundheitsgefahr noch um Gift handelt. Die akute Vergiftungsgefahr sei nicht größer als durch Kochsalz. — Der Zynismus solcher Äußerungen ist kaum noch zu überbieten.

Die Hälfte der über 100.000 Tonnen Hexan-Rückstände hatte Merck ohne Genehmigung der Behörden vergraben. Auch im Darmstädter Vorort Arheilgen hat Merck Pestizide deponiert. Wahrscheinlich ist Merck auch für die Verseuchung des Grundwassers mit Chrom verantwortlich. Die Chromverseuchung beträgt im Riedgebiet seit mindestens 1976 mehr als das 100fache der erlaubten Werte.


Biebesheim: Empörte Bauern bedrängen Umweltminister Görlach und fordern schnelle Hilfe von der hessischen Landesregierung. Im Hintergrund das Zweigwerk der Firma Merck.

Polizeieinsatz an der Universität Essen

An der Essener Uni gibt es zur Zeit zwei ASten, zwei Studentenparlamente, und logischerweise hat es im Dezember auch zwei Wahlen gegeben. Allerdings existiert ein kleiner Unterschied zwischen den ASten. Der eine wurde von den Studenten gewählt und ist deren wirkliche Vertretung, der andere ist ein Produkt von amtlichen Zwangswahlen und wird von den Studenten entschieden bekämpft.

Am 9. 5. 78 ist das Studentenschaftsgesetz in Kraft getreten. Seine wichtigsten Bestimmungen:

Abschaffung des allgemeinen politischen Mandats für den AStA und die verfaßte Studentenschaft;

Verbot von Gesamtvollversammlungen und Urabstimmungen;

Denunziationspflicht der Studentenvertreter bei nichtgesetzlichen oder verfassungsfeindlichen Aktivitäten beziehungsweise solcher, die der Staat so nennt, an der Uni;

Satzung und Finanzplan werden nicht mehr von der Studentenschaft beschlossen, sondern bedürfen der Genehmigung der Hochschulleitung.

Im November wurde in Nordrhein-Westfalen eine landesweite Urabstimmung durchgeführt, 30 Prozent aller Essener Studenten beteiligten sich daran. Von ihnen lehnten 93 Prozent das SSG ab und sprachen sich für den Boykott der nach dem SSG durchzuführenden Zwangswahlen aus.

Der alte AStA führte die Wahl zum Studentenparlament nach der alten, von der Studentenschaft verabschiedeten Satzung durch, obwohl ihm das von der Hochschulleitung unter Strafandrohung verboten wurde. Die Wahlbeteiligung lag trotz massiver Einschüchterung bei knapp 30 Prozent.

Mitte Dezember fand eine im großen Stil organisierte Zwangswahl statt, an der sich 5,8 Prozent der Studenten beteiligten. Von den 33 „gewählten" Vertretern traten gleich 20 wieder zurück. Der schäbige Rest bildete dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit einen „AStA", der sich seitdem für die Essener Studentenvertretung hält. Er hat mittlerweile den Segen von Rektor und Minister erhalten.

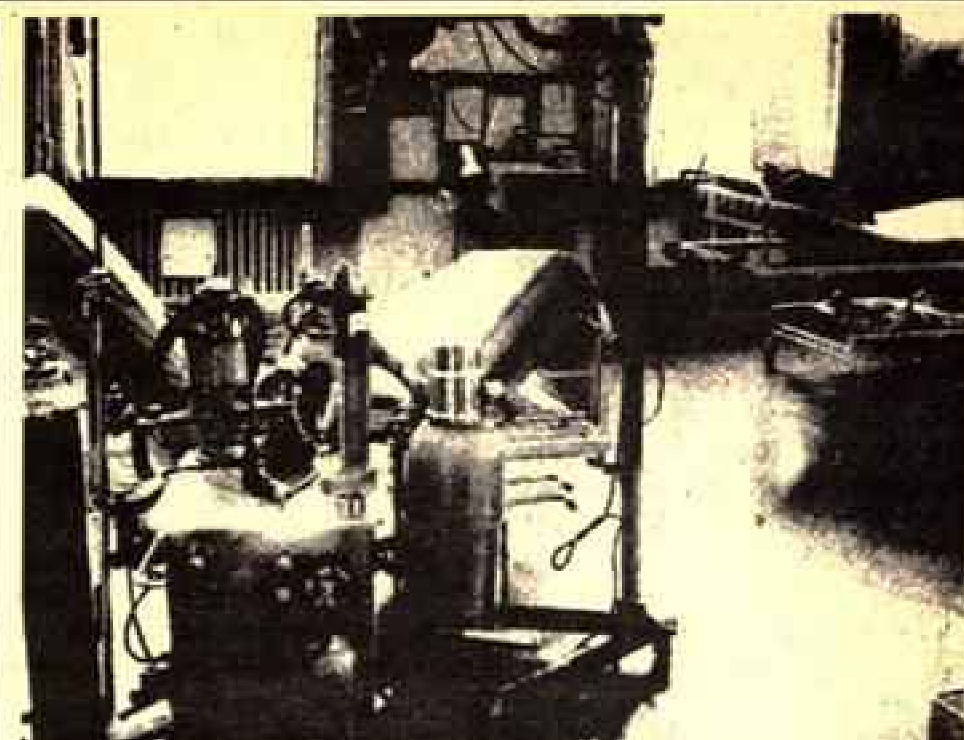
Den Studenten war es aber nicht beizubringen, den SSG-AStA als den ihrigen anzuerkennen. Sie besetzten zusammen mit dem von ihnen gewählten AStA Tag und Nacht das AStA-Büro. Trotz Schikanen von seiten der Hochschulleitung (Strom und Heizung wurden abgedreht) hielten sie durch.

Am 30. Januar schließlich, ausgerechnet am Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, sorgte eine 30köpfige Polizeitruppe für klare Verhältnisse. Sie ließ auf Veranlassung des Rektors das Büro zugunsten des SSG-AStA räumen.

Mitten in diesem Kampf gegen SSG und Zwangswahlen waren die Genossen des Jugendverbandes der Partei, der Uni-Gruppe der Roten Garde, zu finden. Sie klärten die Studenten nicht nur über den reaktionären Charakter des SSG auf, sie machten auch fleißig bei den Boykottmaßnahmen mit und kandidierten auch zur ersten Wahl.

Der SSG-AStA bekommt trotz Polizeieinsatz (oder vielleicht wegen des Polizeieinsatzes) kein Bein auf den Boden. Sämtliche Fachschaften lehnen eine Zusammenarbeit mit ihm ab. Kürzlich statteten eine Reihe Studenten dem SSG-AStA in seinem neuen Büro einen Besuch ab. Die Genossen der Roten Garde berichten, daß die Herren Studentenvertreter von Rektors Gnaden sich den Kontakt mit den Studenten anders vorgestellt hätten.


Zwangswahlen an der Uni Essen. An dieser Urne wurden ganze vier Stimmen abgegeben.


Klinikum Essen: Die Intensivstation der Herzchirurgie wurde wegen Personalmangels geschlossen

Rationalisierung am Essener Klinikum

Verwaltungsdirektor Wolff im Schußfeld

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir von der skandalösen Schließung der Herzchirurgie am Essener Klinikum, die bislang zwei Todesopfer gefordert hat. Aufgrund des öffentlichen Drucks ist die Herzchirurgie wieder notdürftig aufgenommen worden, aber das Übel, die Personalknappheit, ist keineswegs beseitigt. Mittlerweile sah sich auch die Krankenhausverwaltung gezwungen, ihren Kommentar abzugeben. Ihre Erklärung ist ebenso dumm wie sie dreist ist.

Für Verwaltungsdirektor Wolff gibt es keine Rationalisierung, keine Arbeitshetze. Für ihn ist das angeblich schlechte Betriebsklima schuld an den unhaltbaren Zuständen. Sofort haben sich Schwestern und Ärzte in der Ortspresse zu Wort gemeldet, die diese unverschämte Unterstellung, dieses dreiste Ablenkungsmanöver mit Empörung zurückweisen.

Das gesamte Pflegepersonal steht aufgrund der verschärften Rationalisierung unter ungeheurem Druck, seine Verantwortung gegenüber den Patienten wenigstens notdürftig zu erfüllen. Und derselbe Verwaltungsdirektor, der das Spar- und Rationalisierungsprogramm voll durchzieht, hat die Stirn, den Kollegen die Verantwortung in die Schuhe zu schieben.

Kürzlich erreichte uns eine Presseerklärung der Kollegengruppe „Frischer Wind'', die die wirkliche Rolle des Verwaltungsdirektors Wolff enthüllte. Wir veröffentlichen sie in Auszügen:

„In der NRZ vom 2. 2. 79 wird dem Verwaltungsdirektor Wolff des Klinikums Essen vorgeworfen, nicht den Wissenschaftsminister über die Lage am Klinikum informiert zu haben. Das hat seinen guten Grund: Herr Wolff — heftiger Verfechter des Gestellungsvertrages zwischen dem Land NRW und dem DRK (Deutsches Rotes Kreuz — die Red.) — profitiert an dem im Klinikum herrschenden Schwesternmangel!

Durch den Gestellungsvertrag verpflichtet sich das Land NRW, jährlich 28 Millionen an die DRK-Schwesternschaft Essen e. V., und zwar pauschal, zu zahlen. Diese Schwesternschaft stellt dafür zur Zeit ca. 680 Schwestern. Auf der letzten Mitgliederversammlung des DRK (...) führte der zum Vorstand gehörende Jurist Dr. H. J. Jacobs, Ruhrallee 68, Essen, aus, daß die DRK-Schwesternschaft Essen e. V. ungefähr 3 Millionen Mark in den letzten zwei Jahren in Wertpapieren anlegen konnte! Und das bei einem gemeinnützigen Verein! Herr Wolff gehört laut Satzung als leitender Reg.-Dir. des Klinikums Essen auch zum geschäftsführenden Vorstand dieser Schwesternschaft! Er war bei dieser Versammlung zugegen und kennt diese dunklen Geschäfte. Deshalb lügt Wolff und will die Schuld von sich weisen auf ein angeblich schlechtes Betriebsklima.''

Weiter wird in der Presseerklärung angeführt, daß allen DRK-Schwestern unter Berufung auf den Gestellungsvertrag das Recht auf eine Personalvertretung verwehrt wird. Abschließend heißt es:

„Wir sind mit vielen Kollegen der Ansicht, daß Herr Wolff aus dem obigen persönliche Konsequenzen ziehen muß und daß der Gestellungsvertrag umgehend aufgekündigt werden muß. Das angesammelte Geld muß unter allen Pflegepersonen aufgeteilt werden." (Hervorhebungen von uns — die Redaktion)

Wer mehr über diese skandalösen Verhältnisse am Klinikum erfahren möchte, die bestimmt nicht auf dies eine Krankenhaus beschränkt sind, kann sich an die **Kollegengruppe „Frischer Wind" c/o Björn Klauser, Rüttenscheider Platz 7, 4300 Essen 1** wenden.

Ermittlungen gegen Duogynon-Hersteller

Wegen des berüchtigten Medikaments Duogynon ist nun auch die Westberliner Staatsanwaltschaft aktiv geworden. Sie ermittelt gegen den Arzneimittelkonzern Schering, und zwar gegen das für den Pharmabereich zuständige Vorstandsmitglied des Unternehmens, gegen den Leiter der klinischen Forschung und gegen den Pharmavertriebsleiter. Die Ermittlungen stützen sich unter anderem auf die Anzeige der Eltern eines mißgebildeten Kindes.

Duogynon ist — ähnlich wie das Medikament Contergan — bereits zu einem Symbol des Profitstrebens auf Kosten der Gesundheit, des Glücks und des Lebens der werktätigen Menschen geworden. Duogynon, ein Hormonpräparat, wurde bis letztes Jahr auch als Schwangerschaftstest verwendet. Dabei erhärtete sich der Verdacht, daß es Mißbildungen bei Kindern hervorruft. Die Firma Schering zog daraufhin die „Konsequenz": Sie bietet das Mittel nun unter dem Namen „Cumorit" zum Verkauf an.

Offener Brief

Viele heuchlerische Phrasen über „Menschlichkeit" und „Verantwortung" sind nach der „Holocaust"-Sendung über den Bildschirm gelaufen, die kein anderes Ziel hatten, als die erwachte Empörung unseres Volkes über die Greuel der Nazis aufzufangen, abzuschwächen und unwirksam zu machen. Wie man wirkliche Konsequenzen aus der Nazi-Vergangenheit ziehen kann, das zeigte zum Beispiel die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, Mitglied des Präsidiums des deutschen PEN-Zentrums, die folgenden offenen Brief verfaßte:

Betr. Fernsehsendung „Holocaust" und politische Gefangene in Argentinien

Sehr geehrte Herren!

Aus Anlaß der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust" erinnern wir daran, daß Argentinien zur Zeit des Nazi-Regimes 45.000 politisch verfolgte Deutsche, die meisten darunter Juden, aufnahm; daß heute, trotz anfänglicher Zusage, die Bundesrepublik Deutschland seit acht Monaten die Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien hinauszögert.

Im Rahmen der sogenannten Vergangenheitsbewältigung halten wir es für unumgänglich, den moralischen Verpflichtungen gegenüber den argentinischen Demokraten nachzukommen, die jetzt selbst in ihrem Lande unter der faschistischen Verfolgung leiden müssen. Wenn wir gegen die faschistischen Regime der Gegenwart nicht energisch und unmißverständlich Stellung nehmen, werden wir unsere eigene Vergangenheit nie bewältigen können. Unter den jetzigen Opfern der argentinischen Militärdiktatur befinden sich auch viele Nachkommen der damals nach Argentinien ausgewanderten Deutschen, die dort eine neue Heimat gefunden hatten.

Der Innenminister, General Harguindeguy, spricht in einer offiziellen Äußerung die rassistische Ideologie vieler seiner hohen Offizierskollegen aus: Am 24./28.9.78 berichtete die in Buenos Aires erscheinende englischsprachige Zeitung „Buenos Aires Herald" unter dem Titel „Weiß über alles?": „Der Innenminister sagte unter anderem, ‚daß es unumgänglich ist — koste es, was es wolle — die Vorherrschaft der weißen Rasse in Argentinien zu erhalten, denn ihre Überlegenheit ist notorisch'. Dafür müsse man die Grenze für Asiaten (Chinesen, Japaner, Koreaner) und Mestizen, letztere vor allem aus den Nachbarländern, schließen."

Seitdem die Militärs am 24. März 1975 die Macht übernahmen, wurden mehrmals von „nicht identifizierten Gruppen" in Argentinien — wo die viertgrößte jüdische Kolonie in der Welt nach Israel, UdSSR und den USA lebt — Bombenattentate gegen Synagogen, Schulen und andere jüdische Institutionen verübt.

Frau Ingeborg Drewitz
und
eine Gruppe argentinischer Nachkommen von Verfolgten des Nazi-Regimes

Westberlin — Erneuter Polizeieinsatz gegen Antifaschisten

Presseerklärung der Antifaschistischen Front Westberlin

Am Sonntag nachmittag wurden Antifaschisten erneut in brutaler Weise von der Polizei angegriffen. Zu diesem Vorfall gab die Antifaschistische Front Westberlin die folgende Presseerklärung heraus.

Wir, über 50 Antifaschisten, haben heute, den 4. 2., um 14.30 Uhr, die Berliner Mauer am Potsdamer Platz von faschistischen Parolen gesäubert wie zum Beispiel „NSDAP", „SS", „Juden ins KZ", „Es grüßen die Kameraden der Westfront", „Wir grüßen die Reichshauptstadt" usw. Gegen 15 Uhr kam britische und deutsche Polizei, woraufhin wir langsam in Richtung Potsdamer Straße gingen. Auf dem Weg wurden bereits Einzelne ohne ersichtlichen Grund unter Schlagstockeinsatz aus der Gruppe herausgerissen und festgenommen. In einer Seitenstraße wurden etwa zwölf Leute von der Polizei umstellt, sämtliche Personalien aufgenommen und fünf Leute festgenommen. Insgesamt hat die Polizei zwölf Antifaschisten festgenommen. Während noch Senatspolitiker auffordern, über „Holocaust" zu diskutieren, werden Antifaschisten von der Polizei verhaftet, zusammengeschlagen und festgenommen.

Aktionen zum 30. Januar bekräftigen:

Alles tun für die Verhinderung eines neuen '33!

In mehreren Städten fanden zum 30. Januar, dem Tag der Machtergreifung des Hitler-Faschismus, verschiedene Aktionen und Veranstaltungen statt. Zwei auffällige Merkmale zeigten alle diese Aktivitäten: 1. Der größte Teil der Teilnehmer beteiligte sich zum ersten Mal an Veranstaltungen gegen die Nazis. 2. Es wurde der Wunsch geäußert, auch weiterhin zusammenzukommen und aktiv zu werden.

Kiel

Die „Gruppe Kieler Antifaschisten" ist bereits in der Vergangenheit hervorgetreten durch ihre Aktionen gegen den faschistischen Buchladen „Sturmwind". Zum 1.2. rief sie zu einer Filmveranstaltung auf, die auch auf einem Flugblatt angekündigt wurde, das sich gegen den „Sturmwind"-Buchladen richtete und auch in der Gegend dieses Ladens gesteckt wurde. Diese Flugblatt-Aktion gegen den faschistischen Laden fand großen Anklang bei der Kieler Bevölkerung. Viele Menschen fanden es gut, daß endlich etwas dagegen unternommen wurde.

Zu der Veranstaltung, auf der der Film „Straße im Widerstand" gezeigt wurde, kamen dann über 100 Menschen. In der anschließenden Diskussion wurde der Film mit „Holocaust" verglichen, und man sprach über die Perspektiven des antifaschistischen Kampfes. Mehrere der Besucher wollen zum nächsten Treffen der Gruppe wiederkommen.

Stuttgart

40 Teilnehmer kamen, zum Teil zum ersten Mal, zur Veranstaltung der Front gegen Reaktion und Faschismus. Ein Betriebsrat aus einem Druckereibetrieb nahm den Jahrestag der Machtergreifung Hitlers zum Anlaß, um zum Kampf gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer aufzurufen. Außerdem wurden Referate über die Jugendpolizei und über die Verschärfung der Strafprozeßordnung vorgetragen. Anschließend gab es unter den Besuchern lebhafte Diskussionen. Auch hier will sich der zusammengekommene Kreis in einer Woche wiedertreffen und über praktische Schritte im Kampf gegen die Faschisierung beraten. Sowohl um die Jugendpolizei als auch um den für den 6.5. geplanten NPD-Landesparteitag in Tuttlingen wird man sich kümmern müssen.

Weinheim

Der „Antifaschistische Arbeitskreis Weinheim" führte drei antifaschistische Aktionstage durch. Am 26.1. wurde der Film „Rat der Götter" gezeigt, der sehr gut den Anteil des Kapitals am Aufstieg des Hitler-Faschismus darstellt. Dieser Film fand regen Zuspruch bei den 45 Veranstaltungsteilnehmern.

Am 27.1. führten die Genossen von 9.30 Uhr bis 13 Uhr in der Fußgängerzone in Weinheim eine John-Heartfield-Ausstellung mit Informationsstand durch, die bei der Bevölkerung großes Interesse fand. Am 29.1. folgte wieder eine Filmveranstaltung mit dem Film „Rotation". Diesmal waren 60 Besucher gekommen, die Fragen wie „Der Arbeiterwiderstand im Nazi-Reich", aber auch die Arbeit des Antifaschistischen Arbeitskreises diskutierten. Insgesamt waren die Antifaschistischen Aktionstage, die großen Zuspruch unter der Bevölkerung fanden, ein voller Erfolg.

Essen

Die Rote Garde rief hier zu einer Diskussionsveranstaltung über den „Holocaust"-Film auf. Nachdem verschiedene Fragen, die der Film aufgeworfen hat, diskutiert worden waren, berichtete ein türkischer Antifaschist über das Treiben der „Grauen Wölfe". Unter den zwanzig Teilnehmern wurde ein Aufruf, ein Aktionskomitee gegen die Verjährung zu gründen, verlesen.

Hannover

70 Besucher kamen auf ein Plakat hin zur Veranstaltung im Freizeitheim Lister-Turm, auf der ein Film über den Kampf gegen die Nazi-Kundgebung im April 1978 gezeigt wurde. An ein Referat über den 30. Januar schloß sich eine interessante Diskussion an. Neben dem Auftritt der Gruppe „Gegenwind" führte das Unabhängige Jugendzentrum Glocksee ein Theaterstück auf, in dem ein Prozeß gegen einen Faschisten mit einem Prozeß gegen einen Antifaschisten verglichen wurde: Die Versammlung will sich in zwei Wochen wiedertreffen als Initiative im Kampf gegen die Neofaschisten und die Faschisierung.

Westberlin

700 Menschen versammelten sich auf einer Veranstaltung der Antifaschistischen Front, auf der ein Alt-Genosse über die Entstehung des Faschismus berichtete. Neben einem Kulturprogramm, in dem die „Rotkehlchen", die „Stachelbeere" sowie einzelne Kulturschaffende ihre Darbietungen brachten, berichtete ein Erkundungskollektiv vor den hauptsächlich jugendlichen Teilnehmern über die neonazistischen Umtriebe in West-Berlin.

Auf einem Fackelzug gegen die Machtergreifung der Nazis vor 46 Jahren, an dem 1.700 Personen teilnahmen, wurden in Parolen das Verbot von Nazi-Organisationen, der Freispruch der Hamburger Antifaschisten, die Aufhebung der Verjährung von Nazi-Verbrechen sowie die Abschaffung der Berufsverbote gefordert.

Auf der Abschluß-Kundgebung wurde bekannt, daß die NPD-Faschisten im Lokal „Kaiserstein" am Mehringdamm eine „Siegesfeier" durchführen wollten. Spontan bildeten sich Gruppen, die zum Mehringdamm zogen, ein Demonstrationszug von mehreren hundert Mann. Das Nazi-Lokal war aber durch Polizei vollständig abgeriegelt. Nachdem sie Sprechchöre gegen die Faschisten und die Polizei gerufen hatten, lösten die Antifaschisten ihre Demonstration auf. Am U-Bahnhof startete die Polizei dann einen heimtückischen Überfall, bei dem sie wahllos auf die eingeschlossenen Demonstranten einschlug!

Am anderen Tag berichtete die bürgerliche Presse West-Berlins, „Randalierer" hätten sich mit der Polizei geprügelt.

Freispruch für terroristische Faschisten

Einen skandalösen Freispruch in den Hauptanklagepunkten brachte vergangene Woche der Prozeß gegen die beiden Exilkroaten Stjepan und Ivan Bilandzic. Nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes erhielt Stjepan Bilandzic eine symbolische Strafe von sechs Monaten auf Bewährung.

Die Angeklagten sind Organisatoren des „Kroatischen Volkswiderstandes", einer faschistischen Organisation, deren Vorsitzender Stjepan Bilandzic war. Auf das Konto dieser Bande gehen Dutzende von Mordanschlägen und Bombenattentaten. Unter anderem ist ihr ein Bombenattentat auf ein Flugzeug über der CSSR anzulasten, bei dem am 26.1.72 mindestens 27 Menschen ums Leben kamen.

Noch in guter Erinnerung ist die Flugzeugentführung von Mogadishu, wo die Bundesregierung sogar Spezialeinheiten in Bewegung setzte, um die Terroristen auszulöschen. Wo sind denn jetzt die Tiraden gegen den Terrorismus, wo es sich um Subjekte handelt, die sich in vielen Fällen mit Blut besudelt haben? Für die Bundesregierung sind die Brüder Bilandzic fromme Lämmer. So sind die meisten der Terrorakte gar nicht Gegenstand des Prozesses gewesen. Faschistische Mörder, egal woher sie kommen, finden in diesem Staat immer milde Richter.

Jüdischer Lehrer von der Schule vertrieben!

Das gibt es wieder in Deutschland: Vier faschistisch verhetzte Gymnasiasten der Carl-Zeiss-Oberschule in Westberlin haben den jüdischen Gastlehrer Professor Thomas Still durch antisemitische Schmierereien aus der Schule geekelt. Nach einem Vortrag des Lehrers über die Judenpogrome der Nazis hatten die Schüler die Parole „Vergast Still, das Judenschwein!" mit Kreide an die Tafel geschrieben. Still informierte daraufhin die Schulleitung. Diese jedoch unternahm nichts! Erst jetzt, zwei Monate nach dem Vorfall, kam die ganze Sache an die Öffentlichkeit.

Die vier faschistischen Schüler sowie ihr Gönner in der Schulleitung müssen aus der Schule gefeuert werden. An unseren Schulen darf es nie wieder „Juden raus" heißen. Hier ist die Parole angebracht „Nazis raus!"

Knüppeleinsatz an der Heidelberger Mensa

Korrespondenz. Am 30. Januar kamen, wie schon eine Woche zuvor, ca. 20 Polizisten in die Heidelberger Mensa, um eine Wandzeitung abzureißen, die über die aktuellen politischen Prozesse in Heidelberg informierte. Brutal knüppelten sie auf die direkt vor der Wandzeitung stehenden und auf Unmut äußernde Studenten ein. Bei dem Einsatz wurden drei Leute abgeführt, einer konnte befreit werden, als den Polizisten, die ihn an den Füßen über den Steinboden schleiften, kurzerhand von hinten Fahrräder zwischen die Füße geschoben wurden.

Sprechchöre vor und in der Mensa zeigten den Protest der Anwesenden gegen diesen Überfall, was sich in den Gesichtern der Polizisten und zivilen Spitzel durchaus widerspiegelte.

Stammheim Ein neues „Vollzugskonzept"

Im Prozeß gegen den Rechtsanwalt Klaus Croissant hat die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer eine dreieinhalbjährige Freiheitsstrafe beantragt. Außerdem soll Croissant das bekommen, was es nach offiziellen Angaben des Bundeskanzlers gar nicht gibt, nämlich für fünf Jahre — Berufsverbot! Croissant, dessen Auslieferung von Frankreich an Westdeutschland im November 1977 auf der Grundlage der Pogromstimmung nach der Schleyer-Ermordung regelrecht erzwungen wurde, wird vorgeworfen, zwischen inhaftierten und freien Mitgliedern der RAF eine „heimliche und unverhinderte Kommunikation" ermöglicht zu haben.

Die „Kommunikation" unter den Stammheimer RAF-Gefangenen diente und dient als Vorwand für alle möglichen Einschränkungen der Rechte von Verteidigern und politisch Verfolgten. Das Märchen von den idyllischen Haftbedingungen in Stammheim, wo die Häftlinge in Freuden und in Luxus zusammenleben und allerlei böse Pläne aushecken können, geistert schon seit Jahren durch die Illustrierten. Damit soll die Bevölkerung gegen die politischen Gefangenen des Bonner Staates aufgebracht werden.

Auf der Grundlage dieser demagogischen Propaganda hat jetzt der baden-württembergische Justizminister Eyrich (CDU) ein neues „Vollzugskonzept" in Stammheim eingeführt. Wenn man den Angaben Eyrichs Glauben schenkt, dann sind den politischen Gefangenen Bonns jetzt „endlich" alle die Privilegien genommen worden, die sie bisher im Unterschied zu normalen Strafgefangenen angeblich genossen haben. In Wirklichkeit sollen die harten Haftbedingungen noch mehr verschärft werden.

So sollen jetzt alle RAF-Häftlinge verstreut untergebracht werden, damit sie keine „interaktionsfähige Gruppe" mehr bilden können (Eyrich: schon die Zusammenkunft von zwei Gefangenen stelle eine „interaktionsfähige Gruppe" dar!). Die Gefangenen erhalten weder Umschluß noch Zusammenschluß. Man hat besonders „sichere" — sprich: von der Umwelt isolierte — Zellen gebaut, und zwar mehr, als man braucht. Kosten: eine Million Mark! Eine zehnköpfige „Sicherheitsgruppe" kann unerwartet Durchsuchungen vornehmen. Alles kann durchsucht werden, von der Habe der Gefangenen bis zu den Transportfahrzeugen der Haftanstalt. Die betroffenen Gefangenen können unter beliebigem Vorwand in eine der zahlreichen anderen „Sicherheitszellen" überführt werden.

Dieses neue „Modell Stammheim" richtet sich heute gegen Gefangene der verschiedenen terroristischen Gruppen. Aber man darf sich über eines nicht täuschen: nach diesem Modell bereitet der Bonner Staat die brutale Isolationshaft von Revolutionären vor.

In welch großem Gegensatz diese Haftbedingungen zu den in normalen Haftanstalten üblichen Verhältnissen stehen, konnte man jetzt an einem Bericht des „Stern" sehen. Danach erhalten Alkoholschmuggler und Rauschgifthändler beinahe freies Betätigungsfeld in deutschen Haftanstalten, besonders offenbar in Berlin-Tegel. Da kann es passieren, daß Gefangenen, die nicht rauschgiftsüchtig sind, die „Spritze" mit Gewalt angesetzt wird, um sie süchtig zu machen. Da fällt zum Beispiel ein „Rollkommando" von Dealern über einen Häftling her und schlägt ihn total zusammen, weil er „gesungen" hat, ohne daß diesen Dealern je etwas passiert. Und Kenner der Szene prophezeien schon: Es wird bald den ersten Heroin-Toten im Knast geben!

Hier, wo es angebracht wäre, gibt es keine isolierten Trakts, keine „Sicherheitsgruppe", die dem Treiben der Heroin-Dealer zu Leibe rückt. Für diese Verbrecher herrscht größte Freizügigkeit. Aber die Isolationshaft für politische Gefangene und die Heroinspritze für kriminelle Gefangene sind zwei Seiten ein und derselben unmenschlichen, kapitalistischen Strafjustiz in unserem Lande.

Erzählwettbewerb Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML

Im Winter 1977/78 erreichte die Auseinandersetzung zwischen Somalia und Äthiopien einen Höhepunkt. Im Februar beschloß Somalia die allgemeine Mobilmachung. Der offene Krieg brach aus, der „Krieg am Horn". Fotos gingen durch die Zeitungen, auf denen Menschenschlangen vor Rekrutierungsbüros warteten. Ein solches Foto gab den Anlaß zu einer Diskussion unter Arbeitskollegen, die im folgenden wiedergegeben wird.

Mittagspause

Still. Für eine halbe Stunde
schweigt der Lärm, Maschine steht.
Zweie sitzen in der Runde,
frischer Wind durchs Fenster weht.

Zeitung auf den Knien, ein Junger,
liest laut, was ihm wichtig scheint
und der zuhört, ist ein Alter,
sagt dazu was er so meint.

Viel nicht. Was soll man schon sagen,
denkt er sich und: „Überhaupt,
wozu soll man lange klagen,
Unrecht ist, wohin man schaut."

Lustig fordert ihn der Junge:
„So viel schwarze Malerei!
Unrecht ja, doch grad deswegen
muß die Zukunft schnell herbei."

Doch der Alte will nicht streiten,
winkt ab und mit heit'rer Miene,
blättert er jetzt selbst die Seiten.
Ein Dritter kommt von der Kantine.

Tritt dazu, erzählt vom Essen,
reden dies und reden das.
Tippt der Alte auf die Zeitung
plötzlich und zeigt ihnen was.

Zeitungsbild. Drauf eine Reihe,
lange Reihe, Mann an Mann.
Einberufung in den Händen,
Antlitz ernst und manches bang.

Drunter steht in großer Zeile
jene Meldung: KRIEG AM HORN.
Liest's und sagt nach einer Weile
tief bewegt, mit leisem Zorn:

„Soll das nie ein Ende nehmen,
einer schießt den andern tot.
Kämpft auf unsrer Welt, der schönen,
Schwarz und Weiß und Braun und Rot."

Ach, er weiß von was er redet.
Fern, sehr fern ist Afrika.
Ferner doch ist seine Jugend,
die nur Krieg und Elend sah.

„Hör nur auf, das sind doch Wilde",
mischt sich da der Dritte drein.
„Was die unten führ'n im Schilde
— schlagen sich die Köpfe ein —

sollen wir uns darum kümmern?"
Spricht's und schaut sich lachend um,
doch die scheinen andrer Meinung,
darauf wird er erst mal stumm.

Schon geht's los: „Was heißt hier Wilde,
Menschen sind's, wie du und ich",
schimpft der Alte, doch dann milde:
„Denk mal erst und nachher sprich.

Wer schickt Bruder gegen Bruder
in den Krieg, — für den Profit.
Sterben dafür, — gehn als Krüppel?
Willst du nicht, mußt dennoch mit."

Redet lange, will nicht enden.
Sagt dann: „Habe ich nicht recht?
Mußt so jede Frage wenden:
Wer gewinnt — wem geht es schlecht?"

Alle nicken, auch der Dritte
und der Junge kommt in Fahrt.
Trifft ins Schwarze, in die Mitte,
hört man Schlüsse dieser Art.

„Bravo, richtig, gut gesprochen!"
drängt es aus ihm raus.
„Was weißt du?" knurrt da der Dritte,
ärgert sich, die Stirne kraus.

Wieder muß er Lehrgeld geben,
denn der Junge wird konkret:
„Kann die Welt in Frieden leben?
Denk mir, diese Frage steht.

Habt das Zeitungsbild gesehen.
Last dabei Somalia.
Könnt hier gut ein andres stehen,
Bild aus Adis Abebba:

Selber Mann in langer Reihe,
gleiche Frau, die um ihn weint.
Hier wie dort nämliches Leben.
Frag mich da: Ist das der Feind?

Heute, da wird ausgegeben
dort, Gewehr in jede Hand.
Morgen werden sie's erheben
gegen den Feind im eignen Land.

So läuft letztlich die Geschichte,
Frieden gibt es nur durch Sieg
über alle Kriegsbrandstifter,
drum die Losung: Krieg dem Krieg!"

„Gut", läßt sich der Dritte hören,
„nur, so einfach ist es nicht.
Denn da haben — kannst du schwören —
wenn einmal der Krieg ausbricht,

Hand im Spiel ganz andre Mächte.
Außerdem vergißt du nur:
Menschen werden immer kämpfen,
ist das doch ihre Natur."

Reden sollte jetzt der Junge,
schaut sich um, sieht nach der Zeit.
Spricht der Alte: „Gleich wird's hupen."
„Also, nur einmal soweit.

Solche Mächte wird's nie geben,
sei'n sie größer als bisher,
ihre Panzer, ihre Schiffe
herrschen über Land und Meer,

die verstünden zu bezwingen,
jenes Volk, das Einheit wählt,
duldend unter sich kein Unrecht
und von großem Ziel beseelt.

Was angeht die Bruderfehden,
fällt mir grad ein Liedtext ein.
Heißt: Wenn erst die Völker reden,
werden sie schnell einig sein."

„Bekam ich auch schon mal zu hören",
der Alte lacht, hat zugefügt,
leis, als wollt er sich verschwören,
„gut, daß es EUCH wieder gibt."

Und laut: „Was du so weißt, mein Junge!
Kann ich alles nur bejahn."
Kratzt sich still am Kopf der Dritte,
meint nur noch: „Ist schon was dran."

Steht dann auf. Der Alte lächelt
leert noch seine Tasse Tee,
tritt zum Fenster, schließt's, und draußen
fällt ganz leis der Schnee.

Leserbriefe

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Thema „Holocaust"

Zum Fernsehfilm „Holocaust" und zu unserer Stellungnahme im letzten „Roten Morgen" erreichten uns zwei Leserbriefe. Wir bringen sie in Ausschnitten:

„Liebe Genossen,
soeben erhielt ich den neuen ‚Roten Morgen' (5/79) und muß euch gleich zu der sehr guten Reaktion auf ‚Holocaust' beglückwünschen, die einem als Genosse eine sehr gute Hilfe ist, in die spontanen Diskussionen um den Faschismus einzugreifen und ihnen eine richtige Stoßrichtung zu geben.

Ich habe selbst erlebt, welchen Eindruck der Film auf meine Kollegen gemacht hat. Als ich mit ihnen einmal **vor** dem Film über die Verjährung sprach, war kaum Interesse vorhanden. Viele meinten, es sei Zeit, einen Schlußstrich zu ziehen, zu vergessen usw. Heute gibt es kaum noch jemand, der für Verjährung ist. (...)"

Rot Front
Genosse aus Mannheim"

Ein Genosse aus Hannover schreibt:

„Liebe Genossen!
...Sicherlich hat der Film für die Agitation und Propaganda günstige Voraussetzungen geschaffen, weil der Film und die Problematik ‚Faschismus' teilweise sozusagen Tagesthema Nr. 1 waren. Daß die Partei sofort ein zentrales Flugblatt herausgebracht hat und daß ihr im ‚Roten Morgen' jetzt eine Artikelserie startet, ist nur zu begrüßen.

Aber — als ich heute den ‚Roten Morgen' in Händen hielt, war ich dann doch etwas enttäuscht. Wir alle hatten zumindest eine Filmkritik erwartet. Nichts davon im ‚Roten Morgen' (bis auf die drei Worte ‚trotz verschiedener Mängel'), obwohl dieser Film in großen Zügen schlichtweg reaktionär gewesen ist...

Rot Front"

Antwort der Redaktion

Es kam uns im ‚Roten Morgen' vor allem darauf an, die ungeheure positive Wirkung, die der Film hatte, zu würdigen und daran anzuknüpfen. Diese Wirkung war das Hauptsächliche und Wichtige an dem Film; seine Mängel traten dahinter zurück. Der Film hat in der westdeutschen Bevölkerung in breitem Umfang antifaschistische Gefühle, Gedanken und Haltungen mobilisiert und bestärkt; er hat — wie kein Ereignis seit den fünfziger Jahren — die Diskussion um die Terrorherrschaft der Nazis entfacht.

In dieser Form war die Wirkung des Films weder von seinen Machern noch von den westdeutschen Sendeanstalten beabsichtigt; sie kam ihnen überraschend. Die Ursache liegt in der besonderen westdeutschen Situation. In Westdeutschland schalten und walten die alten Monopole, die Finanziers und Hintermänner des Faschismus, noch immer. In Westdeutschland sitzen die alten Nazis noch immer oder wieder in Amt und Würden. In Westdeutschland haben daher die Verantwortlichen jahrzehntelang die Wahrheit über den Faschismus unterdrückt; sie haben versucht, den Zeitraum zwischen 1933 und 1945 ins Dunkel zu tauchen oder ihn zu glorifizieren. Nur deshalb konnte „Holocaust" in Westdeutschland viele Menschen — vor allem jüngere — so erschüttern.

Für uns Kommunisten ist es wichtig, das durch den Film Bewirkte weiterzutreiben, die durch den Film verstärkte *gefühlsmäßige* antifaschistische Haltung zu einer *bewußten* zu machen. Daher sehen wir gegenwärtig eine Aufgabe darin, die durch den Film aufgeworfenen — und nicht beantworteten — Fragen nach Ursache, Charakter und Hintergründe des Faschismus in einer Serie zu behandeln. Wir hielten es aber für falsch, die Fehler und Mängel, auch die reaktionären Seiten des Films, in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen.

Daß wir zu dem Film selbst eine klare Haltung haben, ist eine andere Frage. Unsere Kritik an ihm richtet sich hauptsächlich auf folgende Punkte:

- Der Film stellt den Faschismus als ein unerklärliches, geheimnisvolles Verhängnis dar. Er verschweigt, daß er zur Erhaltung der Macht des Monopol- und Finanzkapitals errichtet worden war, daß seine Finanziers, Hintermänner und Profiteure die Krupp, Siemens, Thyssen, Abs, Pferdmenges usw. waren.
- Der Film erweckt den Eindruck, als sei die Verfolgung und Vernichtung der Juden die einzige und hauptsächliche Terroraktivität der Nazis gewesen. Der deutsche Faschismus begann aber mit der Verfolgung und Ermordung von Hunderttausenden Kommunisten und anderen oppositionellen Kräften. Um die Reichskristallnacht durchführen und Auschwitz einrichten zu können, mußten die Nazis zuvor die organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen.
- Daß „Holocaust" bewaffneten Widerstand gegen Hitler zeigt, ist gut; daß aber der Widerstand nur von Juden geleistet worden sein soll, ist schlichtweg falsch. Der Widerstand wurde in Deutschland und den besetzten Gebieten vor allem von Kommunisten und Antifaschisten aus der Arbeiterbewegung getragen. Die Rote Armee leistete den Hauptbeitrag zur Niederschlagung des Faschismus.
- Der Film benutzt an vielen Stellen die Sympathie der Zuschauer mit den Juden zur Propagierung zionistischer Ziele; er stellt die Eroberung und Besiedelung Palästinas als einzigen Ausweg für die Juden dar. Er rechtfertigt damit unterschwellig die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat und die imperialistische Politik Israels.
- Der Film hat antikommunistische Passagen, so zum Beispiel in der Darstellung eines Kommissars der Roten Armee als Antisemiten.
- Der Film sucht die These zu erhärten, das deutsche Volk insgesamt trüge die Schuld an den Verbrechen des Faschismus. In bezug auf diese Kollektivschuldthese hat der Film tatsächlich eine *feststellbare* negative Wirkung gehabt. Gerade hier wird es unsere besondere Aufgabe sein, die Haltung des deutschen Volkes zum Faschismus, vor allem den Widerstandskampf zahlreicher deutscher Antifaschisten klarzustellen.



Kinder im Lager Auschwitz

Veranstaltungskalender

Veranstaltung der KPD/ML

14. 2. um 19.30 Uhr Heidelberger „Zieglerbräu"

Thema: „Was ist los in China?"

Diskussion um „Holocaust"

Hitler und seine Wegbereiter

Wie war es möglich, daß ein Mann wie Hitler — dessen Ziele doch jeder kannte — in Deutschland an die Macht kommen konnte? Gab es denn keinen Widerstand dagegen? Warum haben die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften den Machtantritt der Nazis hingenommen? Das sind einige Fragen, die in der Diskussion um „Holocaust" gestellt wurden. Fragen, die gerade diejenigen bewegen, die sich heute als Antifaschisten und Demokraten der Wiederbelebung des Faschismus durch den Bonner Staat entgegenstellen.
Wir haben in der letzten Ausgabe des RM dargestellt, daß der Machtantritt Hitlers kein „Betriebsunfall" der Geschichte, sondern das bewußte und planmäßige Werk der deutschen Monopolbourgeoisie war. Hier wollen wir auf einige Fragen des Kampfes gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur eingehen.



Am Tag nach Hitlers Machtergreifung erweist die Dresdener Arbeiterschaft neun ermordeten Antifaschisten in einer machtvollen Demonstration die letzte Ehre. Am Zug beteiligten sich auch Angehörige des sozialdemokratischen „Reichsbanners" in ihren Uniformen (unser Bild).

Hat die Arbeiterklasse den Faschismus kampflos hingenommen?

Nein — das deutsche Proletariat hat schon in den Jahren vor 1933 einen erbitterten und aufopferungsreichen Kampf gegen Faschismus und Reaktion geführt. Der Machtantritt des Faschismus vollzog sich nicht in einem unerklärlichen Dunkel, er kam nicht plötzlich über Nacht. Er wurde vielmehr über Jahre vorbereitet, und er war nur der Höhepunkt in der blutigen Schlacht zwischen der Arbeiterklasse und der Konterrevolution, die mit den Novemberkämpfen von 1918 begann.

In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß schon Jahre vor dem 30. Januar 1933 die deutsche Bourgeoisie versucht hatte, ihre faschistische Diktatur zu errichten. Das war im Jahr 1920, als der Kapp-Putsch die sozialdemokratische Reichsregierung und das Parlament hinwegfegte. Die Arbeiterklasse im ganzen Reich erhob sich gegen den faschistischen Putsch und schlug ihn in langwährenden bewaffneten Kämpfen nieder.

Die deutsche Arbeiterklasse hat während der ganzen Periode der Weimarer Republik ihre hohe Kampfkraft unter Beweis gestellt. Die Frage bleibt aber: Warum konnte trotzdem der Faschismus letztendlich nicht zurückgeschlagen werden?

Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung

Die wesentliche Grundlage dafür liegt in der verräterischen und konterrevolutionären Politik der Führer der deutschen Sozialdemokratie. Sie waren es, die in der Novemberrevolution das Bündnis mit den Generälen und den faschistischen Freikorps zur Niederschlagung der revolutionären Arbeitermassen schlossen. Damit retteten sie die Herrschaft der Bourgeoisie und legten zugleich einen der Grundsteine für den späteren Sieg des Faschismus. Die Bourgeoisie belohnte die SPD-Führer, indem sie ihnen die Verwaltung ihrer Staatsgeschäfte anvertraute. Die von der Sozialdemokratie geführte Weimarer Republik war gekennzeichnet von einer grenzenlosen Freiheit für die faschistischen Banden auf der einen und einer brutalen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, besonders der KPD, auf der anderen Seite.

Die Kapp-Putschisten etwa, die ja einen offenen Staatsstreich unternommen und dabei grausame Verbrechen begangen hatten, gingen straffrei aus und konnten sogar wieder hohe Ämter im Staatsapparat und in der Reichswehr bekleiden. Hitler wurde nach seinem Putsch von 1923 zu ganzen vier Monaten einer sehr komfortablen Haft verurteilt, wo er überdies noch die Gelegenheit erhielt, am Aufbau seiner Partei zu arbeiten und sein berüchtigtes Machwerk „Mein Kampf" zu schreiben.

Die proletarischen Organisationen dagegen waren einer ständigen Verfolgung durch die Organe der Weimarer Republik ausgesetzt. Ihre Presseorgane, allen voran die „Rote Fahne" der KPD, wurden wieder und wieder beschlagnahmt, proletarische Führer wurden zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, Verbände wie der Rotfrontkämpferbund, die an der Spitze des antifaschistischen Kampfes standen, wurden verboten. Ein Höhepunkt dieser Angriffe der SPD-Führer auf die revolutionäre Arbeiterbewegung war der Überfall auf die Berliner Mai-Demonstration im Jahr 1929, wo auf Befehl des Polizeipräsidenten Zörgiebel (SPD) Polizeitruppen das Feuer auf die Demonstranten eröffneten und viele von ihnen ermordeten.

Sozialdemokratie — Agentur der Bourgeoisie

Es liegt auf der Hand, daß diese reaktionäre Politik der SPD-Führer zur Entfaltung und Stärkung der Faschisten und auf der anderen Seite zur Schwächung des antifaschistischen Kampfes wesentlich beitrug. Noch entscheidender für den Ausgang des Kampfes jedoch war ein anderer Gesichtspunkt. Die SPD war nicht nur die Regierungspartei der herrschenden Klasse, sie war zugleich deren Agentur in der Arbeiterklasse. Sie übte einen großen Einfluß im Proletariat aus und kontrollierte zudem den weitaus größten Gewerkschaftsverband, den ADGB. Gerade wegen ihres Einflusses war sie von der Bourgeoisie mit der Führung des Staates betraut worden, um die Arbeiterklasse mit „sozialistischen" Phrasen über den wahren Charakter der Weimarer Republik zu betrügen und sie zu spalten.

Diesen Auftrag führten die SPD- und ADGB-Führer auch in den entscheidenden Jahren vor der Errichtung der faschistischen Dikatur getreu aus. Sie verhinderten das Zustandekommen einer breiten Einheitsfront der Arbeiterklasse, für die die KPD unermüdlich kämpfte. Es gab sogar einen offiziellen Bann dieser Führer gegen jede Beteiligung von Mitgliedern ihrer Organisation an einem gemeinsamen Kampf mit den revolutionären Arbeitern gegen den Faschismus.

Im Jahre 1932, als die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging die Bourgeoisie zu immer schärferen Angriffen gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen über. Das äußerte sich etwa in einem Arbeitslosenheer von acht Millionen Werktätigen oder in der Tatsache, daß innerhalb von drei Jahren der durchschnittliche Wochenlohn von 42,20 auf 21,06 Mark gesenkt worden war. Einher damit ging ein zunehmender Abbau der demokratischen Rechte.

Die Regierungen Brüning und Papen, aus denen die SPD schon hinausgedrängt war, betrieben klar erkennbar einen Kurs der verschärften Faschisierung. Und hinter den Kulissen betrieben die Monopolherren schon die Übergabe der Regierung an Hitler und seine Partei. Trotz aller alarmierenden Zeichen beharrten die SPD-Führer weiter auf ihrer schändlichen Politik der Sabotage der Einheitsfront. Sie schlugen mehrere Angebote der KPD zum gemeinsamen Handeln gegen die faschistische Gefahr aus.

Ja, sie forderten die Arbeiter sogar auf, die Regierungen der beschleunigten Faschisierung aktiv zu unterstützen, denn diese wären das „kleinere Übel" gegenüber dem großen Übel Hitler.

Nur der revolutionäre Kampf kann den Faschismus verhindern

Damit versuchten sie das Proletariat vom Klassenkampf abzulenken und auf parlamentarische Manöver zu vertrösten. Sie predigten der Arbeiterklasse das Stillhalten gegenüber der fortschreitenden Faschisierung und schürten Illusionen in den kapitalistischen Staat, den sie als Bastion der Demokratie hinstellten.

Aber gerade die Geschichte jener Jahre hat gezeigt, daß der Kapitalismus ständig mit dem Faschismus schwanger geht, daß die Bourgeoisie innerhalb des Systems der parlamentarischen Demokratie den Faschismus aktiv vorbereitet und daß sie sich dazu des „demokratischen" Staatsapparats bedient. Wie sollte man von einem solchen Staat, der ein Instrument der Vorbereitung des Faschismus ist, Widerstand gegen die Errichtung der offenen Terrorherrschaft erwarten? Wie sollte man 1932 von einem Papen Widerstand gegen Hitler erwarten, wo derselbe Papen schon mit Thyssen und Co. die Machtübergabe an die Nazis verhandelte?

Der Faschismus kann allein verhindert werden durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes, einen Kampf, der den Rahmen der bürgerlichen „Gesetzlichkeit" sprengt und auch bewaffnete Formen einschließt. Einen solchen konsequenten Kampf, eine solche Entwicklung zu verhindern — das bezweckten die verräterischen Führer der Sozialdemokratie mit dem Schüren von Illusionen in den Weimarer Staat, mit ihren Versuchen, jeden selbständigen Kampf der Arbeiterklasse zu unterdrücken und das Proletariat auf das bürgerliche Parlament zu orientieren.

So war die KPD die einzige Partei, die gegen die Sabotage der SPD- und ADGB-Führer den Kampf für die Schmiedung der proletarischen Einheitsfront, den Kampf gegen die immer heftigeren Angriffe der Bourgeoisie und gegen die faschistische Gefahr führte. Die Erfolge dieser Anstrengungen der Partei der Arbeiterklasse drückten sich etwa in den großen Massendemonstrationen gegen das Papen-Regime und in dem mächtigen Streik der Berliner Verkehrsarbeiter aus, der von der RGO geführt wurde und nur mit brutaler Polizeigewalt niedergeschlagen werden konnte. (Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß die KPD in diesen Jahren auch eine Reihe von sektiererischen Fehlern machte, die das Zustandekommen einer breiten Einheitsfront der Arbeiterklasse erschwerten. So war etwa zeitweilig eine Stimmung verbreitet, die sozialdemokratische Kollegen mit deren Führern vom Schlage des Arbeitermörders Zörgiebel gleichsetzte und sie entsprechend feindselig behandelte.

Solche Tendenzen konnten jedoch in der Partei überwunden werden — was besonders ein Verdienst des Genossen Ernst Thälmann war.

Der 30. Januar

Die ganze Erbärmlichkeit und Schändlichkeit der Führer der Sozialdemokratie erwies sich dann schließlich am 31. Januar, an dem Tag, wo Thyssen und Krupp, Hindenburg und Papen den faschistischen Mordbrenner Hitler zum Reichskanzler machten. Während die KPD die Arbeitermassen zu Gegenmaßnahmen mobilisierten, blieben die SPD-Führer stumm. Und wieder schlugen sie die Aufforderung der KPD zur gemeinsamen Aktion aus, sogar jetzt, in der Stunde der höchsten Not für das deutsche Volk. Die Herren von SPD und ADGB waren sogar bereit, das „große Übel" Hitler zu akzeptieren. Denn er wäre „legal", er hätte ein „demokratisches Mandat" — mit solchen unglaublichen Phrasen begründeten sie ihre Kapitulation vor Hitler. Und immer noch vertrösteten sie das Proletariat auf die nächsten Wahlen, versuchten sie es auf das bürgerliche Parlament zu orientieren.

Generalstreik
gegen die faschistische Terror-Herrschaft!
die KPD. will man verbieten!
Heraus auf die Straße!
Legt die Betriebe still!

Ernst Thälmann
ruft zur antifaschistischen Einheitsfront

Aufrufe der KPD zur Einheitsfront und zum Kampf gegen den Machtantritt des Faschismus

Selbst als der faschistische Terror schon in vollem Umfang wütete, als die SA-Banden die Büros der KPD und die Wohnungen ihrer Funktionäre stürmten, selbst als unter den Erschießungskommandos der faschistischen Barbaren die ersten Genossen gefallen waren und in Deutschland Tausende Werktätige in die KZs und Zuchthäuser geschleift wurden — selbst da suchten die sozialdemokratischen Führer noch ihre Verständigung mit der „legalen" faschistischen Diktatur. Es wird für immer einer der größten Schandflecken in der Geschichte des Reformismus bleiben, daß die Führer des ADGB ihre Unterschrift unter einen Aufruf setzten, der die deutschen Arbeiter zur Teilnahme an Hitlers Parade zum 1. Mai aufrief. Aber sie hatten ihre Funktion für die Bourgeoisie ausgespielt. Sie wurden nicht mehr gebraucht. Oder — wie es der Faschistenführer Ley ausdrückte —: „Die Leiparts und Gross [ADGB-Führer] mögen ihre Hingebung an Hitler bekennen, aber sie sind besser im Gefängnis aufgehoben."

Die bedingungslose Unterstützung des Regimes der Faschisierung vor 1933, die offene Sabotage und Zurückweisung der Einheitsfront durch die SPD- und ADGB-Führer, schließlich ihre Weigerung, dem Machtantrittt Hitlers Widerstand entgegenzusetzen, all das sind Bedingungen, die den Sieg des Faschismus ermöglichten. Die vereinten Kräfte der Arbeiterklasse waren stärker als der Faschismus. Das war die Erfahrung aus der siegreichen Niederschlagung des Kapp-Putsches gewesen. Und das galt auch für die kommenden Jahre. Es zeigte sich zum Beispiel bei den Wahlen, wo die Faschisten selbst auf dem Höhepunkt ihres Masseneinflusses nicht so viele Stimmen hatten wie KPD und SPD zusammen. Wobei ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterklasse seinen Eindruck auf die anderen werktätigen Schichten, etwa die Bauern, nicht verfehlt und es ihnen erleichtert hätte, sich von der faschistischen Demagogie zu lösen und sich an der Arbeiterklasse zu orientieren.

Wie konnten die Faschisten eine Massenbasis gewinnen?

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu der Demagogie der Faschisten: Warum konnten sie denn überhaupt Einfluß über breite Massen des Kleinbürgertums und anderer Schichten gewinnen? Einer der Schlüssel zum Verständnis dieser Frage ist wiederum die Politik der SPD-Führer. Die Sozialdemokratie war ja auf das

Fortsetzung auf Seite 10

Diskussion um „Holocaust"

Hitler und seine Wegbereiter

Fortsetzung von Seite 9

engste mit dem zurecht verhaßten System der Weimarer Republik verbunden. Die Faschisten haben das demagogisch ausgenutzt, indem sie Sozialdemokratie und Kommunismus in einen Topf warfen und gegen den Marxismus hetzten (zu dem sich in Worten damals auch die SPD bekannte). So wollten sie die durch die kapitalistische Krise und die brutale Krisenpolitik der SPD-Regierungen in die Verelendung getriebenen kleinbürgerlichen Massen glauben machen, ihr wirklicher Feind wäre nicht der Kapitalismus, nicht der bürgerliche Staat, sondern der „Marxismus", also letzten Endes die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei.

Auf der anderen Seite traten die Faschisten ja selbst unter dem Deckmantel von „Sozialisten" auf. In ganz gezielter Absicht, wie es Goebbels einmal selbst bekannte: „Der Sozialismus in unserem Programm ist der Leim, um die Vögel zu fangen." Unter diesem Mantel betrieben sie eine Propaganda der antikapitalistischen Phrase. Sie versprachen den Bauern „Abschaffung der Zinsknechtschaft", den kleinen Gewerbetreibenden die Abschaffung der Warenhäuser und den Erwerbslosen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig damit schürten sie rassistische und chauvinistische Stimmungen, indem sie etwa den Kapitalismus unter dem Hinweis auf einige jüdische Kapitalisten mit dem Judentum gleichsetzten. Damit wollten sie einmal den Kampf kleinbürgerlicher Schichten gegen den Kapitalismus in einen Kampf gegen die Juden umlenken. Zum anderen diente das Verbreiten von rassistischen und chauvinistischen Stimmungen wie der „Herrenrassen"-Ideologie der Vorbereitung der Eroberungsfeldzüge des deutschen Imperialismus gegen die Völker des Ostens, vor allem gegen die Sowjetunion.

Die materielle Grundlage für die hemmungslose Entfaltung der faschistischen Demagogie waren — darauf haben wir im letzten RM schon hingewiesen — die Millionenbeträge aus den Kassen der deutschen Monopole, die es den Nazis erlaubten, ihre Propagande mit einem beispiellosen Aufwand bis ins letzte Dorf zu tragen.

All das waren Bedingungen dafür, daß unzufriedene kleinbürgerliche Schichten, aber auch rückständige Arbeiter, ins Netz der NSDAP gingen. Kann man aber daraus schließen, daß alle diese Menschen, die Hitler ihre Stimme gaben, damit für die faschistische Terrordiktatur eingetreten sind? Nein, denn im Gegenteil zu Hitlers kapitalistischen Förderern, die sehr gut über die Absichten der Faschisten orientiert waren, kannten viele dieser Menschen von Hitlers Programm nur die Versprechungen und antikapitalistischen Phrasen. Sie waren abgestoßen und enttäuscht vom „Sozialismus" der Regierungspartei SPD und wollten es jetzt mit dem „deutschen Sozialismus" der Nazis versuchen, wobei sie oft über den ja damals schon praktizierten Terror der SA-Banden leichtfertig hinwegsahen und sich von der in der bürgerlichen Propaganda damals verbreiteten Lüge täuschen ließen, daß Hitler — einmal in der Regierung — seine Anhänger schon zügeln würde.

Natürlich hat es auch Menschen gegeben, die Hitler in voller Kenntnis seiner Absichten als den Führer einer kommenden faschistischen Diktatur gewählt haben. Aber daß 14 Millionen Deutsche den Faschismus gewollt hätten, ist eine der vielen Lügen der bürgerlichen Geschichtsfälscher.

Festzuhalten bleibt, daß die sozialdemokratischen Führer mit ihrer massenfeindlichen Politik im Dienst des Kapitals, die sie unter dem Mantel des Sozialismus betrieben, breite kleinbürgerliche Schichten von der Arbeiterklasse und vom Sozialismus abgestoßen und den Nazis in die Arme getrieben haben. Dadurch, vor allem aber durch die Spaltung der Arbeiterklasse, sind sie zu Wegbereitern des Faschismus geworden, Wegbereitern, ohne die es der Bourgeoisie nicht möglich gewesen wäre, ihre offen faschistische Diktatur zu errichten.

Eine Reihe von Fragen zum Machtantritt des Faschismus bleibt weiter bestehen und kann hier auch nicht beantwortet werden. An erster Stelle erhebt sich dabei die Frage, ob es nicht trotz der offenen Sabotage der sozialdemokratischen Führer möglich gewesen wäre, durch die Einleitung des bewaffneten Kampfes den an die Macht gelangten Faschismus niederzuringen. Eine Antwort darauf kann natürlich nicht leichtfertig erfolgen, sie muß das Ergebnis genauer Untersuchungen und einer korrekten Analyse aller Umstände der damaligen Situation sein. Unsere Partei hat sich die Aufgabe gestellt, auf diese für die Revolution in Deutschland so wichtige Frage die richtige Antwort zu finden.

Wehret den Anfängen!

Eine der wichtigsten Lehren, die wir aus der jüngsten Geschichte unseres Volkes ziehen müssen, ist: „Wehret den Anfängen!" Vieles von dem, was wir hier am Gang der Weimarer Republik beschrieben haben, hat seine deutliche Parallele in der Entwicklung des Bonner Staates. Die fortschreitende Faschisierung dieses Staates ist ein Zeichen dafür, daß kurz genommen wird auf ein neues '33, daß die Monopolbourgeoisie nicht zögern wird, ein zweites Mal ihre faschistische Diktatur über unser Volk zu errichten. Bis dahin aber dürfen die Arbeiterklasse und das werktätige Volk nicht warten.

„Wehret den Anfängen!" — das muß heißen, heute nicht nur den breiten Kampf gegen die alten und neuen Nazis, sondern auch gegen den Bonner Staat zu führen. Denn der Kampf gegen den Faschismus läßt sich nicht trennen vom Kampf gegen den Staat, der ihn vorbereitet. Das deutsche Volk hat die faschistische Barbarei am eigenen Leib erlebt und haßt sie aus ganzem Herzen. Auch die Jugend, die keine eigenen Erfahrungen mit der Terrorherrschaft hat, ist nicht bereit, eine Wiederbelebung des Faschismus hinzunehmen. Das zeigen deutlich die großen antifaschistischen Demonstrationen der letzten Monate. All das ist eine gute Grundlage, um eine breite Einheitsfront gegen Faschismus und Reaktion in unserem Land aufzubauen.

Polizeiterror gegen französische Stahlarbeiter

In der vergangenen Woche hat die französische Regierung zum ersten Mal während der seit Monaten andauernden heftigen Kämpfe der Stahlwerker Einheiten der Polizei gegen die Arbeiter eingesetzt. Sowohl in Denain in Nordfrankreich wie auch im lothringischen Longwy griffen Truppen der berüchtigten Bürgerkriegseinheit CRS die streikenden Arbeiter brutal an.

In Denain hatten sich am vergangenen Mittwoch 90 Prozent der Arbeiter des Konzerns Usinor an einem kurzfristigen Streik beteiligt, in dessen Verlauf auch die Straßen der Stadt besetzt wurden. Einen Tag später bestätigte der Regierungschef Barre in Paris die Schließung des Usinor-Werkes in Denain. Daraufhin traten die Kollegen am Freitag wieder in den Streik. Sie besetzten unter anderem den Bahnhof und mehrere Verwaltungsgebäude und blockierten die wichtigsten Straßen der Stadt. Teilweise wurden sogar Barrikaden aus Baumästen errichtet und angezündet.

Um diese militanten Aktionen niederzuschlagen, wurden die CRS-Truppen eingesetzt. Sie stießen allerdings auf heftigen Widerstand, und es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Den Truppen schallte der Ruf entgegen: „Wir wollen Arbeit, keine CSR!"

In Longwy sind es die Arbeiter von Chiers, die an der Spitze des Kampfes stehen. Ihr Werk soll bis 1980 geschlossen werden. Fast 2.000 Arbeiter würden dann auf der Straße liegen. Am vergangenen Montag schickten die Stahlwerker von Chiers eine 300 Mann starke Delegation zur Direktion des Werkes, die die Forderungen der Arbeiter nachdrücklich vortragen sollte. Die Herren weigerten sich jedoch, mit den Kollegen zu sprechen. Daraufhin wurde beschlossen, die Direktion zu besetzen und die Bosse bis zum nächsten Morgen einzusperren. Obwohl die Arbeiter klar gestellt hatten, daß sie die Besetzung nur bis sechs Uhr aufrechterhalten wollten, erschienen um vier Uhr die CRS-Truppen, um die Direktoren zu „befreien". Eine offenkundige Provokation!

Die Polizei-Einheiten bahnten sich mit Äxten den Weg in die Zentrale des Stahlwerkes und griffen die Arbeiter an. Sie wurden jedoch mit einem Hagel von Flaschen und anderen Gegenständen empfangen. Zehn CRS-Leute wurden dabei verletzt.

Am Nachmittag versammelten sich Tausende von Werktätigen zu einer machtvollen Protestkundgebung auf dem Rathausplatz der Stadt. Der brutale Einsatz der CRS hatte große Empörung unter den Kollegen ausgelöst. Die CRS ist in der ganzen Arbeiterklasse besonders verhaßt. Sie isf eine Spezialeinheit, die eigens für bürgerkriegsähnliche Kämpfe gebildet und unter anderem auch eingesetzt wurde, um die revolutionäre Massenbewegung vom Mai 1968 niederzuschlagen. Der Haß der Demonstranten äußerte sich in solchen Sprechchören wie „CRS — SS".

Die revisionistischen Redner auf der Massenkundgebung in Longwy jedoch hatten nichts besseres zu tun, als angesichts der CRS-Provokation der Arbeiter zu „Ruhe und Würde" aufzurufen. Die Kollegen dachten aber nicht daran, diesen Appellen zu folgen. Fast tausend Kundgebungsteilnehmer zogen vor die Polizeidirektion und bombardierten das Gebäude erst mit Schneebällen und dann mit Steinen und Bolzen. Dabei gingen reihenweise die Fensterscheiben zu Bruch. Die Polizisten eröffneten ein Feuer von Tränengasgranaten auf die Arbeiter. Aber erst als ein neuer CRS-Einsatz angedroht wurde, gelang es ihnen, die Demonstration zu zerstreuen.

Die militanten Aktionen der letzten Woche vermitteln einen Eindruck vom tiefen Haß der Arbeiter auf die Stahlbarone und von ihrer großen Kampfbereitschaft (im Zuge der Sanierung der französischen Stahlindustrie sollen in den nächsten Jahren rund 40.000 Arbeiter auf die Straße fliegen). Um jedoch die Angriffe der Stahlbarone und des Staates zurückschlagen, sind noch weit umfangreichere Kampfaktionen nötig.

Genau das aber verhindern die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer. Sie rufen zur Ruhe auf und verteufeln den militanten Kampf als „Minderheitenaktionen". Auf der anderen Seite aber weigern sie sich, die breite Masse der Stahlarbeiter in den Kampf zu führen und organisieren statt dessen jeweils auf einen Betrieb oder einen Bereich begrenzte Kurzstreiks und Protestdemonstrationen. Diese Nadelstich-Taktik hat es den Stahlbaronen bislang ermöglicht, Arbeitsplätze in großem Ausmaß zu vernichten. Und sie leistet auch den jetzigen Angriffen Vorschub. So steht auch vor den französischen Kollegen die Notwendigkeit, in ihren Gewerkschaften eine revolutionäre Opposition gegen die verräterischen Bonzen aufzubauen.



Im nordfranzösischen Denain gehen Einheiten der Bürgerkriegstruppe CRS gegen streikende Stahlarbeiter vor.

Regierungskrise in Italien

KPI drängt an die Macht

In der letzten Woche mußte der italienische Regierungschef Andreotti zurücktreten. Damit war die 37. Regierung seit Kriegsende gestürzt. Unmittelbarer Anlaß für Andreottis Rücktritt war die Tatsache, daß die revisionistische KPI den Fünf-Parteien-Pakt, der die Regierung stützte, einseitig aufkündigte.

Was hatte es mit diesem Pakt auf sich? Andreottis Kabinett war eine Minderheitsregierung, der ausschließlich Mitglieder der christdemokratischen Partei (DC) angehörten. Mit dem vor zehn Monaten geschlossenen Pakt erklärten auch vier andere Parteien ihre Bereitschaft, die Regierung zu unterstützen und ihr damit die nötige parlamentarische Mehrheit zu sichern. Und unter diesen Parteien war auch die KPI, die als zweitstärkste Partei des Landes eine gewichtige politische Kraft darstellt.

Aber statt ihre Stärke in den Dienst der Kämpfe der Werktätigen zu stellen, haben die italienischen Revisionisten durch ihren reaktionären Pakt mit der Regierung alle Angriffe der Unternehmer und des Staates auf die Werktätigen, vor allem auf die Arbeiterklasse, unterstützt.

Sie haben durch die von ihnen kontrollierten Gewerkschaften Lohnsenkungen und verschärfte Rationalisierungen ermöglicht und massiv die Kämpfe der Arbeiterklasse niedergedrückt. Die jetzt in Italien veröffentlichten Angaben über Streikzahlen sprechen eine deutliche Sprache: Während 1977 noch 115 Millionen Streiktage registriert wurden, waren es im vergangenen Jahr nur noch 69 Millionen.

Die KPI-Revisionisten haben darüber hinaus die vom bürgerlichen Staat verschärfte Faschisierung mitgetragen. Nach der Ermordung des DC-Politikers Moro haben sie sich sogar an die Spitze der Terroristenhysterie gestellt und entscheidend dazu beigetragen, daß auch in Italien Terrorgesetze gegen die Werktätigen nach Bonner Muster verabschiedet wurden.

Die Herren Berlinguer und Co. können also auf zehn Monate einer erfolgreichen Politik im Dienste der Bourgeoisie zurückblicken. Was hat sie jetzt dazu bewegt, nach diesen zehn Monaten den Pakt mit der DC aufzukündigen? Ist es vielleicht die späte Einsicht, daß sie im Bündnis mit der Regierung dem italienischen Volk schweren Schaden zugefügt haben? Nichts von alledem. Parteichef Berlinguer hat es selbst deutlich gemacht: Die KPI-Führer wollen endlich ihre Belohnung kassieren und in die Regierung einziehen. Sie wollen nicht mehr nur als einfache Parlamentsabgeordnete den Christdemokraten den Rücken für ihre volksfeindliche Krisenpolitik freihalten. Sie wollen richtige Minister werden. Sie wollen an die Schalthebel der Macht und an die Futtertröge.

Es bleibt abzuwarten, ob die Christdemokraten auf die Forderungen der KPI-Führer eingehen oder ob sie an ihrer bisherigen Politik festhalten werden, die KPI unter allen Umständen aus der Regierung herauszuhalten. Die Revisionisten jedenfalls sind noch zu weiteren Zugeständnissen bereit. Nachdem sie jetzt zehn Monate lang deutlicher als je zuvor als feste Stützen des Kapitalismus bewiesen haben, wollen sie im nächsten Monat eine Generalreinigung ihres Parteiprogramms vornehmen. Dieser Reinigung soll auch die Berufung auf den Marxismus-Leninismus zum Opfer fallen, und stattdessen soll das Bekenntnis zum bürgerlichen Staat noch deutlicher hervorgehoben werden.

Auf diese Weise kommen die KPI-Führer zwar sicher der ersehnten Regierungsbeteiligung näher. Auf der anderen Seite aber schmilzt das einzige Kapital, mit dem sie wuchern können — ihr Einfluß in der Arbeiterklasse. Bei den Wahlen im letzten Jahr haben sie erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen. Der zunehmende Widerstand in ihrer Partei gegen die reaktionäre Politik der Berlinguer und Co. hat letztes Jahr zum Austritt von Zehntausenden von Mitgliedern geführt.

Und die Kämpfe der letzten Monate, etwa die Krankenhaus- und Eisenbahnerstreiks, haben gezeigt, daß die italienischen Werktätigen zunehmend auch gegen den Willen der revisionistischen Gewerkschaftsbonzen in Aktion treten.

Italienische Faschisten in die Bundesrepublik geflohen

Heftige Empörung hat unter den italienischen Werktätigen die Tatsache ausgelöst, daß die beiden faschistischen Massenmörder Freda und Ventura aus der Haft entkommen konnten. Sie sind unter anderem für das blutige Attentat in einer Mailänder Bank verantwortlich, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen. Die italienischen Behörden hatten seinerzeit „Linksextreme" für das Blutbad verantwortlich gemacht und erst nach Jahren breiter Proteste in der Öffentlichkeit die wirklichen Mörder in Haft genommen.

Bei ihrer Flucht konnten sich Freda und Ventura auf noch unbekannte Komplizen aus dem Staatsapparat stützen. Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA meldet, sollen sich die braunen Terroristen nach Bayern abgesetzt haben, wo sie Helfer für ihre weitere Flucht nach Lateinamerika fanden.


Streikposten der Lastwagenfahrer

Nach bespielhaftem Streik:
Sieg der britischen LKW-Fahrer

Die streikenden britischen LKW-Fahrer haben mit einer Lohnerhöhung von 20 Prozent auf wöchentlich 64 Pfund (etwa 250 Mark) einen großen Sieg erkämpft. Ihre unsprüngliche Forderung war 65 Pfund gewesen, die britischen Fuhrunternehmer hatten nur 60 Pfund angeboten. Damit haben die Streikenden ihre Forderung fast voll durchgesetzt.

Der mit beispielhafter Konsequenz geführte Streik mußte sich gegen die Absicht der Labourregierung durchsetzen, die Lohnleitlinie von 5 Prozent unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Mittlerweile hat eine Streikwelle Britannien erfaßt, die das System der extrem niedrigen Löhne ins Wanken bringt. Aber je mehr sich die Streikbewegung ausdehnt, um so stärker wird die Hetze der bürgerlichen Presse gegen diese Streikwelle. Wahre Greuelmärchen muß man da vernehmen, etwa über Berge von Leichen, die nicht bestattet werden können, weil die Totengräber streiken. Was nicht erwähnt wird: daß die Totengräber für ihre Arbeit ganze 40 Pfund (160 Mark) in der Woche verdienen. Ähnliche Hungerlöhne bekommen auch die anderen Arbeiter im öffentlichen Dienst. Ihre Kampfaktionen sind mehr als berechtigt. Verantwortlich für die Folgen dieses Kampfes, von den Müllbergen bis zu den nichtbestatteten Toten, sind einzig und allein die Behörden, die über Jahre hinweg die Reallöhne der Arbeiter im öffentlichen Dienst abgebaut haben.

Die streikenden Arbeiter lassen sich durch die demagogische Hetze nicht unter Druck setzen. Im Gegenteil, der Sieg der Transportarbeiter ist auch für die anderen Kollegen ein Ansporn, ihren Kampf um so konsequenter fortzusetzen bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach 40prozentiger Lohnerhöhung auf 60 Pfund wöchentlich.

Premierminister Callaghan steht vor den Scherben seiner Politik, mit der er der britischen Arbeiterklasse die Lohnleitlinie von 5 Prozent verpassen wollte. Jetzt versucht er um so zielstrebiger zu retten, was zu retten ist. Mit einer „Politik der Härte" gegenüber den britischen Gewerkschaften versucht er, die Streikbewegung abzuwürgen. Zu dem Zweck bestellte er die Vorsitzenden der vier in den Streik einbezogenen Gewerkschaften zu sich, um sie unter Druck zu setzen. Er forderte sie auf, „ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen". Andernfalls werde die Labourparty bei der nächsten Wahl eine Niederlage erleiden.

„Das eigene Haus in Ordnung bringen" — damit ist gemeint, daß die Gewerkschaftsführer, die von der Basis in den Arbeitskampf getrieben wurden, die kämpferischsten Kollegen „bändigen" sollen. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Denn bei fast allen Streiks der letzten Monate haben die „Shop Stewards" (vergleichbar mit unseren Vertrauensleuten) die Initiative zum Kampf ergriffen. Die Gewerkschaftsführer haben nur nachgezogen, die Streiks „legalisiert", um zu verhindern, daß ihnen die Basis noch weiter entgleitet.

Mit einem Sozialkontrakt zwischen Gewerkschaften und Regierung will Callaghan nun vor allen Dingen einen Angriff auf das „Secondary Picketing" (Aufstellen von Streikposten an nicht bestreikten Betrieben) starten, eine wichtige Kampfform, mit der die streikenden Kollegen die Waffe des Streiks scharf gehalten haben. Die britischen Arbeiter aber werden Angriffe auf das Streikrecht nicht hinnehmen.

Deng in den USA:
„Allianz gegen den russischen Eisbären"

„Ein Hauch von Hochzeitsatmosphäre liegt über Deng Xiaopings historischem Besuch in Washington", schrieb eine bürgerliche Tageszeitung. Eine andere sprach von „Flitterwochen". Die Ausdrücke kennzeichnen treffend den Charakter der Deng-Reise, die die Allianz zwischen den amerikanischen Imperialisten und den chinesischen Revisionisten besiegelt.

Am Montag, den 29. Januar war Deng Xiaoping in Washington eingetroffen. Die Ziele seines Besuches formulierte er in unverfrorener Offenheit. So erklärte er der „Times" in einem Interview: Der sowjetische Eisbär könne nur durch eine Allianz zwischen China, den USA und anderen Staaten (Japan und Westeuropa) gebändigt werden. Ziel seines Besuches sei es, auf eine solche Allianz hinzuarbeiten. Auf einem Galadiner in Washington erklärte er: Die USA und China seien „Partner in der Bekämpfung hegemonistischer Bestrebungen."

Dengs zahlreiche Äußerungen sind ein Ausdruck der Bemühungen der chinesischen Revisionisten, mit Unterstützung der amerikanischen Supermacht die eigenen Großmachtpläne mit großem Tempo zu verwirklichen. Dengs Reise war auch ein praktischer Beitrag, die Widersprüche zwischen den Supermächten zu verschärfen, das Feuer des Krieges zwischen ihnen zu schüren.

Deng drohte von amerikanischem Boden aus Vietnam offen mit Krieg (vgl. Seite 1). Er feuerte die US-Imperialisten an, ihre atomare Rüstung zu verstärken. So warnte er in bezug auf die SALT-Verhandlungen die USA „vor Verlust strategischer Vorteile bei der nuklearen Rüstung".

Die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit bedeutet eine Stärkung der Positionen der amerikanischen Imperialisten in der Welt und im Wettkampf mit der anderen Supermacht, der UdSSR. Die USA wissen den Machtzuwachs wohl zu schätzen. Und sie weisen auch offen China die Rolle zu, die es in ihrer Globalstrategie spielen soll: die eines Brückenkopfes im ostasiatischen Raum. So ist Carters Äußerung gegenüber Deng, die USA und China könnten zu Frieden und Sicherheit gerade im pazifischen Raum beitragen, zu verstehen.

Deng verließ am Donnerstagabend Washington. Zuvor hatte er sich noch mit dem abgehalfterten Watergate-Präsidenten Nixon, dem „Architekten der Annäherung", zu einem privaten Gespräch getroffen. Dengs Reise verlief nun über Atlanta und Houston nach Seattle, von wo er am Montag nach China zurückflog. Auf zahlreichen Besichtigungen von Fabriken wie Ford, Lockheed, Boing und dem Raumfahrtzentrum der NASA drückte er einer Unzahl der amerikanischen Kapitalisten die Hand, darunter Henry Ford II. Die Kapitalisten wittern das große Geschäft. Der Deng-Besuch war für die amerikanischen Imperialisten nicht nur für ihre politischen und militärischen Pläne, sondern auch was die zu erwartenden Profite aus dem China-Geschäft betrifft, ein voller Erfolg.

Khomeiny in den Iran zurückgekehrt

Demonstranten verlangen Waffen

Millionen Menschen säumten die Straßen Teherans, als am vergangenen Donnerstag der Ayatollah Khomeiny nach 15jährigem Exil in die iranische Hauptstadt zurückkehrte. Das iranische Regime hatte eine frühere Rückkehr Khomeinys durch die Sperrung der Flughäfen verhindert.

Jetzt erklärten Sprecher des Regimes, sie erhofften sich von der Rückkehr des Ayatollahs eine Beruhigung der Lage, weil nur Khomeiny imstande sei, die revoltierenden Massen zu besänftigen. In den letzten Wochen war es immer häufiger zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Volksmassen und dem Militär gekommen, bei denen von den kämpfenden Werktätigen auch Feuerwaffen eingesetzt wurden. Die religiöse Opposition hatte wiederholt solche bewaffneten Aktionen verurteilt.

Sie hatte auch — allerdings ohne Erfolg — die Massen aufgerufen, auf die Hinrichtungen von verhaßten Schergen des Regimes zu verzichten. Bezeichnend dafür ist ein Vorfall vom vorletzten Montag in Teheran. Demonstranten hatten den Mercedes des Generals Taki Latifi gestoppt und den Offizier auf die Straße gezerrt. (Latifi hatte am Vortag den Befehl zu einem Armee-Massaker auf dem Gelände der Universität gegeben.) Obwohl sich mehrere Geistliche schützend über den General warfen, konnte er seiner gerechten Strafe nicht entgehen. Er wurde von den Demonstranten mit Messern und Eisenstangen hingerichtet.

Auf den Massendemonstrationen der letzten Tage ist immer lauter der Ruf nach Waffen erhoben worden. Die iranischen Werktätigen haben klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, bis zum völligen Sturz der proamerikanischen Diktatur weiterzukämpfen. Und sie wissen auch, daß die Entwicklung einer Entscheidung zutreibt, daß das Volk den Verschwörungen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Teheraner Marionetten nur begegnen kann, wenn es Waffen in den Händen hat.

Der Schah selbst hat ihnen — wenn auch ungewollt — eine Bestätigung dafür gegeben. In der vergangenen Woche wurde ein Tonband an die Öffentlichkeit gebracht, auf dem eine Befehlsgabe des Schahs an seine Generäle festgehalten ist. Danach hat der Henker kurz vor seiner Flucht unter anderem erklärt: „Obwohl wir Feindschaft und Haß zwischen Armee und Volk säen, wenn wir den Soldaten den Befehl zum ungehinderten Schießen und Töten erteilen, kann man diese beiden großen Kräfte doch gegeneinander aufbringen. Ein so ausgelöster langer Bürgerkrieg wird uns genügend Zeit lassen, um Gegenmaßnahmen zu treffen, etwa durch Einführung einer Regierung, die dem Volk einigermaßen akzeptabel erscheint... Wir werden einen umfassenderen Geheimdienst schaffen, um den Savak zu ersetzen, denn trotz all unserer Befehle an die ehemaligen Chefs dieser Organisation, alle Gegner der Monarchie einzusperren und zu eliminieren, konnten sich vor unseren Augen all jene Kräfte entwickeln und konsolidieren, die die gegenwärtige Misere ausgelöst haben."

Die vom Schah eingesetzte Regierung wird nicht zögern, diese barbarischen Pläne des Henkers Reza Pahlewi in die Tat umzusetzen, auch wenn sie gegenwärtig noch die Verständigung mit dem religiösen Führer Khomeiny sucht. Der Ayatollah hat bislang allerdings eine Zusammenarbeit verweigert und das Regime für illegal erklärt.

Spanische Republikaner weiter in Haft

Die elf Genossen, die im Dezember von der spanischen Polizei verhaftet wurden (der RM berichtete in Nr. 2/79 darüber), sind weiterhin eingekerkert. Der Anwalt des Genossen Carlos Hurtado Arias hat jetzt ein Gutachten vorgelegt, das weitere Einzelheiten über die brutale Folter enthüllt, der die Eingekerkerten ausgesetzt waren.



Zaragoza: Die PCS/ML bei der Kampagne gegen die Folter

Danach ist Carlos von 15 Beamten der berüchtigten Geheimpolizei DGS verhört und drei Tage lang systematisch gefoltert worden. Ihm wurden die Arme um die Knie gebunden, und er wurde gezwungen, 24 Stunden in dieser Stellung zu verharren. Während dieser Tortur wurde er mehrere Male bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Ein anderer Terrorakt der Folterknechte bestand darin, daß sie Carlos auf einen Stuhl banden und dann auf seine Füße sprangen. Dabei wurde er so stark verletzt, daß er nicht mehr gehen konnte.

Die KPSp/ML und andere revolutionäre Organisationen haben eine breite Propagandakampagne gegen die barbarische Folter entfaltet. Auch die spanische Anwaltskammer hat den Terror der DGS, der an die finstersten Tage der Franco-Diktatur erinnert, entschieden verurteilt.

China: Kapitalisten entschädigt — „Rotgardisten" hingerichtet

Wie die Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, fand in China eine Konferenz statt, zu der 200 der „ehemals reichsten Kapitalisten" des Landes geladen waren. Ulanhu, einer der revisionistischen Pekinger Führer, teilte diesen Kapitalisten mit, daß sie in der Vergangenheit zu Unrecht verfolgt worden wären und für die erlittene Unbill voll entschädigt würden. Gold, Silber, Privathäuser und anderes vor allem während der Kulturrevolution beschlagnahmte Eigentum würde ihnen zurückgegeben. Außerdem würden ihre hohen Einkommen, die in den späten sechziger Jahren gekürzt wurden, in voller Höhe nachgezahlt. Ulanhu versicherte den Kapitalisten, daß ihre Talente als Manager genutzt und belohnt werden müßten.

Acht frühere Angehörige der sogenannten Roten Garden wurden wegen angeblicher Verbrechen während der Kulturrevolution vor ein Gericht gestellt, vier von ihnen wurden hingerichtet.

Diese Nachrichten werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Situation im heutigen China. Die Pekinger Mandarine können ihre reaktionären und aggressiven Ziele gar nicht schnell genug verwirklichen. Sie holen sich dabei die Hilfe bei denen, die das Geschäft der Ausbeutung aus langer Erfahrung beherrschen, bei den privaten Kapitalisten. Unter diesen Bedingungen ist es auch nicht verwunderlich, daß in der von Deng gesteuerten Wandzeitungskampagne immer neue Lobpreisungen des chinesischen Erzrevisionisten Liu Schaotschi auftauchen.

Israelischer Terror gegen Palästinenser

Israelische Truppen haben in der vergangenen Woche im besetzten palästinensischen Westjordanland in mehreren Dörfern Häuser in die Luft gesprengt. Bei diesen Terroranschlägen sind fünf Menschen ums Leben gekommen. Ein Verantwortlicher für die Anschläge begründete die Mordaktion damit, daß die Bewohner der gesprengten Häuser mit den Partisanen sympathisiert hätten.

In mehreren Orten des Westjordanlands kam es zu Protestdemonstrationen gegen die Terrorakte. In den Städten Ramallah und Bir Zeit wurden Armeefahrzeuge mit Steinen beworfen und Barrikaden aus brennenden Autoreifen errichtet.

Rhodesische Rassisten ließen über Verfassung abstimmen

In der vergangenen Woche wurde den weißen Einwohnern von Simbabwe (Rhodesien) eine vom Rassistenchef Smith ausgearbeitete Verfassung zur Abstimmung vorgelegt. Diese Verfassung, die von der Mehrheit der weißen Wähler gebilligt wurde, soll angeblich die Übernahme der Macht durch das Volk von Simbabwe vorbereiten. Tatsächlich jedoch ist die Verfassungskampagne ein politischer Trick der Rassisten, die auch nach der „Machtübernahme" die Wirtschaft des Landes, den Staatsapparat usw. kontrollieren werden.

Ihre wirkliche Haltung gegenüber dem Volk von Simbabwe haben die Rassisten in ihren jüngsten Terrorakten offenbart. Sie brannten mehrere Dörfer nieder, weil deren Bewohner die Befreiungsbewegung unterstützt haben sollen. In den letzten vier Monaten des vergangenen Jahres haben die Rassisten allein in den Pfarrbezirken Salisbury, Gwelo und Umtali 718 Hütten in Brand gesetzt.

Der billige Kommissar

Die Antworten des EG-Kommissars Haferkamp (SPD) auf Vorwürfe, er habe Spesengelder verschleudert, lassen sich auf folgende Formel zurückführen: Erstens, es stimmt nicht. Zweitens, es stimmt doch, erklärt sich aber ganz anders. Drittens, es ist nicht verschleudert, sondern in Wirklichkeit noch gespart worden. — Ja, folgt man Haferkamp, so hat er mit geradezu puritanischer Genügsamkeit gespart, gespart und nochmals gespart . . .

- In Genf bezog er eine Hotelsuite für 600 Mark pro Tag. Jedoch war das keine Verschwendung. „Das war ein Schlafzimmer und ein nicht abgetrennter Wohnraum in einem Vorort-Hotel für 312 Schweizer Franken [ca. 370 Mark] mit Steuer und Bedienung", erklärt Haferkamp. „Vergleichbare Räume in Genf selbst kosten bis 800 Franken. Ich habe also richtig billig gelebt. Die Kosten erklären sich daraus, daß ich gearbeitet habe und im Hotel Telex und Telefon benutzt habe."
- Für einen Mietwagen nebst Chauffeur verbrauchte Haferkamp in zwei Wochen 7.380 Mark. Doch auch dies muß man richtig verstehen. „Ich brauche einen Wagen mit Chauffeur, damit ich während der Fahrt arbeiten kann", versichert Haferkamp. „Übrigens war er billiger, als er normalerweise . . . kosten würde."
- Bei der Eröffnung des EG-Büros für Lateinamerikaner in Caracas verjubelte Haferkamp 28.000 Mark. Doch halt! „Das hört sich an", verteidigt sich Haferkamp, „als hätte ich dort eine südamerikanische Nacht gegeben. Die Europäische Kommission hatte 627 Gäste aus Politik und Wirtschaft geladen, auf jeden Gast entfielen 40 Mark." — Na also! Das ist doch wohl das mindeste!

Es fragt sich nur, wie es zu den infamen Anwürfen gegen Haferkamp überhaupt kommen konnte! Haferkamp — das ist die Sparsamkeit und Uneigennützigkeit in Person. Haferkamp — das ist ein erneuter und schöner Beweis für die Werktätigen der europäischen Länder, daß ihre Steuergelder von den Verantwortlichen bestens verwaltet werden.

Als Haferkamp kürzlich auf seine China-Reise seine Freundin Rene von Hoof mitnahm — auf EG-Kosten, versteht sich —, geschah dies keineswegs aus persönlichen Interessen. „Sie ist Dolmetscherin bei der EG", versichert Haferkamp. „Sie mußte für die EG-Delegation aus neun Ländern mitkommen, sie spricht fünf Sprachen."

Chinesisch ist allerdings nicht dabei.



Sonntag, 11.2., um 21.45 Uhr Hessen III:
Paisà
Dieser 1946 gedrehte Film von R. Rossellini schildert die letzten Kriegsmonate in Italien, das Vorrücken der alliierten Streitkräfte und den Kampf der italienischen Partisanen gegen die deutschen Faschisten.

Sonntag, 11.2., um 22.45 Uhr ARD:
Kritik am Sonntagabend
Das Literaturmagazin bringt Interviews mit den fortschrittlichen deutschen Autoren Alfred Andersch, Heinrich Böll und Rolf Hochhuth.

Montag, 12.2., um 22.50 Uhr Hessen III:
Was kann ein Mann tun?
Ein Film über den amerikanischen Schriftsteller und Verfasser zahlreicher proletarischer Romane, Upton Sinclair.

Donnerstag, 15.2., um 23 Uhr ARD:
Die Moritat vom unbekannten Weill
Bekannt geworden ist Kurt Weill (1900-1950) vor allem als Komponist der „Dreigroschenoper". Doch neben seinen Vertonungen von Brecht-Werken hat er auch zwej Sinfonien, ein Violinkonzert und zahlreiche andere Musikstücke geschaffen.

(Die Vorschläge sind „ohne Gewähr". Wir können uns die Filme vorher meist nicht ansehen).


Kirchlicher Reichtum: Petersdom in Rom

Kirchensteuer: christlich gemessen!

Die Kirche hat einen guten Magen,
hat ganze Länder aufgefressen
und doch noch nie sich übergessen . . .

heißt es in Goethes „Faust". Wozu vielleicht noch anzumerken ist, daß die Herkunft der gescheffelten Reichtümer den Knechten Gottes früher so egal war, wie sie ihnen heute egal ist. Sie plündern die Gemeinde und — in Gottes Namen! — auch die Heiden. Geld stinkt nicht.

Zum 1. Januar 1979 haben die Evangelische und die Katholische Kirche zunächst in Schleswig-Holstein eine Sondersteuer für „glaubensverschiedene Ehen" eingeführt. Wer aus der Kirche austritt, spart nun nicht automatisch die Kirchensteuer ein. Denn wenn die Ehefrau bzw. der Ehemann — einkommenslos und mit dem Partner gemeinsam zur Einkommenssteuer veranlagt — nicht gleicherweise austritt, muß die verdienende und glaubenslose Ehehälfte die Steuer an die Kirche entrichten. Die Evangelische Kirche hofft auf diese Weise, in Schleswig-Holstein rund 4,4 Millionen Mark jährlich einzunehmen. Und Schleswig-Holstein ist erst der Anfang.

Die Sondersteuer für „glaubensverschiedene Ehen" ist nicht die erste Attacke der christlichen Kirchen auf die heidnischen Geldbeutel. Seit langem zahlen alle aushilfsweise Beschäftigten — ob kirchenangehörig oder nicht — eine pauschalierte Kirchensteuer. Wer einen Teil seines Gehalts steuerbegünstigt für Direktversicherungen anlegt, zahlt für diese Beträge neben der Lohn- auch Kirchensteuer, auch wenn er kein Kirchenmitglied ist. Zumindest bis vor zwei Jahren mußte, wer aus der Kirche austrat, noch bis zu zwölf Monate lang Kirchensteuer weiterbezahlen.

Kurtchen und Franz-Josef

Politik hat im Betrieb eigentlich nichts zu suchen, so sagt man; wir Arbeiter dürfen keine Politik machen, das meint man. Wenn die Betriebsratsfürsten für die SPD werben, so ist das natürlich keine Politik. Und wenn Abteilungsleiter Politiker so leidenschaftlich verehren, daß sie Bilder von ihnen aufhängen, so ist das persönliche Zuneigung, aber weit entfernt von irgendwelchen politischen Absichten. Oder?

Einer von diesen Abteilungsleitern ist Kurt (Kurtchen) Ungerath, für die Funktion 3398 , Tesa-Etikettendruckerei zuständig. Kurtchen ist ein Freund alles Schönen und Edlen, er verehrt den Papst und die Christlich-Sozialen und besonders den bei uns Arbeitern so sehr beliebten Franz-Josef Strauß.

Damit wir an seiner Freude und tiefen Verehrung teilnehmen konnten, hängte er in der Arbeitsvorbereitung einen Kalender auf mit schönen Bildern von weitsichtigen Kämpfern für die soziale Sicherheit, den Männern aus der Führungsmannschaft der CDU/CSU. Dabei war auch ein Bild von Franz-Josef, dem bayrischen Heiligen.

Nun gibt es aber unter den Arbeitern welche, die gar keine Ehrfurcht vor solch einer würdigen Person haben. Ein solcher Frevler klebte doch dem Franzl ein Etikett auf die Nase: eine ungeheure Provokation. Da blieb unserem Kurtchen natürlich nichts anderes übrig, als diesen Schandfleck in mühevoller Kleinarbeit wieder abzupulen.
(Und unsere Etiketten kleben gut!)
Doch es kam noch schlimmer: Am Tag darauf hatte doch ein Schmierfink (wahrscheinlich ein notorischer Säufer und Randalierer, mit Sicherheit aber Kommunist) dem guten Franz-Josef ein Bärtchen unter die Nase gemalt, wodurch er auch äußerlich eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Herrn bekam, der immer nur das Wohl des teutschen Arbeiters im Auge gehabt hat.

Das aber war für Kurtchen zuviel. Mit hochrotem Kopf („ . . . wissen Sie, es geht mir ja nicht um den Strauß, aber dieses Rumgeschmiere überall, das muß ein Ende haben!") lief er durch die Abteilung und ließ die Vorgesetzten nach dem Übeltäter fahnden.

Übrigens: Dieser nette Kalender wurde nicht mehr gesehen . . .

(Aus: „Harte Bandagen", Betriebszeitung der KPD/ML für Beiersdorf, Januar 1979).

„Maße und Konstruktionsmerkmale"

Über die Oetker-Entführung, bei der 1976 21 Millionen Mark erpreßt worden waren, wußte der „Spiegel" am 29. 1. 1979 Aufsehenerregendes zu berichten. Es sei „nicht auszuschließen" — hieß es —, daß die Entführung das Werk von Terroriste gewesen sei.

Der „Spiegel" präsentierte als Beweis für seine These eine Reihe von „merkwürdigen Tatbeständen", „Parallelen" und „Zusammenhängen". Ihm war verdächtig, daß zum Beispiel Gabriele Kröcher-Tiedemann „Anfang der siebziger Jahre eine Zeitlang in Bielefeld gewohnt" hatte, in der „Oetker-Residenz" also, noch dazu „im Nachbarhaus des Oetker-Generalbevollmächtigten Guido Sandler". Ferner würde die Holzkiste, in der Oetker 1976 gefangen gehalten worden war, „gleiche Maße und Konstruktionsmerkmale" aufweisen wie eine Kiste, auf die Terrorfahnder in Schweden gestoßen waren. Ferner hätte sich das Wort „Oetker" auf zwei Zetteln aus Terroristenkreisen gefunden. Und schließlich sei die aus unzähligen Krimis bekannte Tatsache, daß das Lösegeld in einem Koffer übergeben worden war, Indiz für Terroristentätigkeit. Koffer sind in diesen Kreisen üblich!

Um zu erklären, daß keiner der nummerierten Geldscheine aus dem Oetker-Lösegeld bisher bei Terroristen gefunden worden ist, entwarf der „Spiegel" eine neue Theorie; die Theorie der „Geldwäsche" mittels verschiedener Überweisungs- und Einzahlungsmethoden.

Einen Tag nach der „Spiegel"-Veröffentlichung jedoch löste sich das Rätsel um die Oetker-Entführung ganz anders. In München wurde am 30. Januar der arbeitslose Betriebswirt Zlof festgenommen. Er hatte nachweislich Geldscheine aus dem Oetker-Lösegeld ausgegeben; Zeugenaussagen machten ihn auch der unmittelbaren Tatbeteiligung dringend verdächtig. Mit Terroristen hatte er keine Verbindung. Die Oetker-Entführung erwies sich nun als die Tat gewöhnlicher Krimineller ohne jeden politischen Hintergrund.

Der Versuch des „Spiegels", ein mit besonderer Brutalität ausgeführtes Ganovenstück sogenannten Terroristen unterzuschieben, war — kaum daß die Ausgabe erschienen war — gescheitert. Die Wirklichkeit hatte das Magazin praktisch auf frischer Tat ertappt. An dieser sogenannten seriösen Zeitschrift zeigte sich anschaulich die Methode, nach der hierzulande die Terroristenhysterie geschürt wird.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/29 60 1

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/260 75 54

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr: 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr.